**REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

78.899/3

Auf Vorschlag des Ministers für Medien;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Medien zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

**DEKRETVORENTWURF ZUR ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 1. MÄRZ 2021 ÜBER DIE MEDIENDIENSTE UND DIE KINOVORSTELLUNGEN UND DES DEKRETS VOM 27. JUNI 1986 ÜBER DAS BELGISCHE RUNDFUNK- UND FERNSEHZENTRUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT**

**INHALTSANGABE**

Der vorliegende Dekretvorentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen und des Dekrets vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft dient der Anwendung folgender Verordnungen:

- Verordnung (EU) 2024/1083 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU (Europäisches Medienfreiheitsgesetz);
- Verordnung (EU) 2024/1309 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2024 über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Aufbaus von Gigabit-Netzen für die elektronische Kommunikation, zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/2120 und zur Aufhebung der Richtlinie 2014/61/EU (Gigabit-Infrastrukturverordnung);
- Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz);
- Verordnung (EU) 2024/900 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. März 2024 über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung.

**INHALTSVERZEICHNIS**

Seite

**Begründung** ..... 4

Allgemeine Erläuterungen ..... 4

Bemerkungen zum Gutachten des Beirats für Mediendienste ..... 8

Bemerkungen zum Gutachten der Datenschutzbehörde ..... 9

Kommentar zu den Artikeln ..... 10

**Vorentwurf** ..... 19

Entsprechungstabelle ..... 26

**Gutachten des Beirats für Mediendienste** ..... 27

**Gutachten der Datenschutzbehörde** ..... 28

**BEGRÜNDUNG**

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

A. EUROPÄISCHER KONTEXT

Am 20. März 2024 wurde die Verordnung (EU) 2024/900 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. März 2024 über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Sie gilt ab dem 10. Oktober 2025. Die Verordnung zielt unter anderem darauf ab, dass:

- politische Werbung klar als solche gekennzeichnet sein muss und unter anderem Informationen darüber enthalten muss, wer wie viel dafür bezahlt hat, an welche Wahlen, welches Referendum oder welchen Regulierungsprozess sie geknüpft ist und ob Techniken zur gezielten Werbung verwendet wurden;
- Profiling und Targeting, die sensible Daten betreffen, verboten werden;
- die Bürger in der Lage sind, Botschaften zu erkennen, mit denen ihre politischen Ansichten und Entscheidungen beeinflusst werden sollen.

Am 17. April 2024 wurde die Verordnung (EU) 2024/1083 des europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU (Europäisches Medienfreiheitsgesetz) im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Sie gilt ab dem 8. August 2025. Die Verordnung zielt unter anderem darauf ab, die Unabhängigkeit der Medien zu sichern und den Medienpluralismus zu fördern. Sie enthält eine Reihe neuer Verpflichtungen in Bezug auf alle Mediendienste für ein breites Spektrum von Akteuren darunter Mitgliedstaaten, Mediendienstanbieter, sehr große Online-Plattformen und Gerätehersteller. Konkret sollen mit dem europäischen Medienfreiheitsgesetz folgende wichtigen Grundsätze erreicht werden:

- Redaktionsfreiheit und Schutz des journalistischen Quellengeheimnis.
- Garantierte Unabhängigkeit der öffentlichen Medien.
- Transparenzverpflichtungen für Mediendienstanbieter.
- Rahmen für die regulatorische Zusammenarbeit und Konvergenz.
- Schaffung des Europäischen Gremiums für Mediendienste als Rechtsnachfolger der ERGA (European Regulators Group for Audiovisual Media Services).
- Verpflichtungen für sehr große Online-Plattformen.
- Recht auf Anpassung audiovisueller Medienangebote.
- Anforderungen an nationale Medienmarktmaßnahmen und -verfahren.
- Regeln für die Publikumsmessung.
- Regeln für die Zuweisung von staatlichen Werbeausgaben.

Am 8. Mai 2024 wurde die Verordnung (EU) 2024/1309 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2024 über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Aufbaus von Gigabit-Netzen für die elektronische Kommunikation, zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/2120 und zur Aufhebung der Richtlinie 2014/61/EU (Gigabit-Infrastrukturverordnung) im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Sie gilt ab dem 12. November 2025. Die Verordnung führt mehrere Maßnahmen zur Straffung des Netzausbaus ein:

- Gemeinsame Nutzung der Infrastruktur: Förderung der gemeinsamen Nutzung von Kanälen und Masten für den Aufbau von Netzen mit sehr hoher Kapazität, um Ressourcen zu optimieren und Kosten zu senken.
- Koordination von Bauarbeiten – ermöglicht es Telekommunikationsbetreibern, mit öffentlichen Bauprojekten zusammenzuarbeiten, um gleichzeitig Glasfaserkabel zu installieren, Störungen zu reduzieren und den Breitbandausbau zu beschleunigen.

- Straffung der Verwaltungsverfahren: Vereinfachung der Verwaltungsverfahren im Zusammenhang mit dem Netzausbau in der gesamten EU, um bürokratische Hürden abzubauen und die Effizienz zu verbessern.
- Gebäude mit Hochgeschwindigkeitsinfrastruktur ausstatten: Förderung der Bereitstellung von Gebäuden mit hochgeschwindigkeitsfähiger Infrastruktur und Gewährleistung des Zugangs dazu, um den Breitbandausbau und -einführung zu erleichtern.

Gemäß der Verordnung haben beispielsweise Betreiber von elektronischen Kommunikationsnetzen ein Recht auf Zugang zu den bestehenden physischen Infrastrukturen (Masten, Leerrohre, Dächer, Ampeln, …) von Netzbetreibern (Strom, Gas, Abwasser, Verkehr) und von „öffentlichen Stellen" (Schulen, Spitäler, …).

Am 12. Juli 2024 wurde die Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz) im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht. Sie gilt ab dem 2. August 2026. Die Verordnung enthält risikobasierte Regeln für KI-Entwickler und -Bereitsteller in Bezug auf spezifische Anwendungen von KI:

1. Inakzeptables Risiko z.B. Social Scoring wird verboten.
2. Hohes Risiko z.B. KI zur Auswertung und Klassifizierung von Notrufen, KI zur Bewertung von Kreditwürdigkeit, KI zur Bewertung von Prüfungen, …:
   - Konformitätsprüfung, bevor das System auf den Markt kommt (Datenqualität, Transparenz, Cybersicherheit, menschliche Prüfung, …);
   - Einführung von Qualitäts- und Risikomanagementsystemen;
   - Eintragung in einer öffentlichen EU-Datenbank, wenn die KI von öffentlichen Behörden benutzt wird.
3. Minimales Risiko: freie Nutzung, aber Einhaltung von Verhaltenskodizes.

Für bestimmte KI-Systeme gelten ebenfalls besondere Transparenzanforderungen, z. B. wenn ein eindeutiges Risiko der Manipulation besteht (z. B. durch den Einsatz von Chatbots/Deepfakes). Die Nutzer sollten sich bewusst sein, dass sie mit einer Maschine interagieren.

All die oben genannten Verordnungen fallen entweder ganz oder teilweise in den Zuständigkeitsbereich der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Folglich muss das Dekret vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen an die oben genannten Verordnungen angepasst werden.

## B. ZUSTÄNDIGKEITEN DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

Laut Verfassung sind die Gemeinschaften zuständig für die „kulturellen Angelegenheiten". Diese werden für die Französische und die Flämische Gemeinschaft näher aufgelistet durch das Sondergesetz vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen (hiernach „Sondergesetz"). Dessen Artikel 4 Nr. 6 nennt in diesem Zusammenhang die „inhaltlichen und technischen Aspekte der audiovisuellen und auditiven Mediendienste mit Ausnahme der Übertragung von Mitteilungen der Föderalregierung" (früher war von „Rundfunk und Fernsehen" die Rede). Im Rahmen der belgischen Zuständigkeitsverteilung gelten Audio- und Video-Sharing-Plattformen, das heißt Beispiele von Online-Plattformen, die Zugang zu Medieninhalten bieten im Sinne des Artikels 2 Nr. 9 und 15 der Verordnung (EU) 2024/1083, als Anwendung von auditiven und audiovisuellen Mediendiensten. Gemäß Artikel 4 Nr. 1 des Sondergesetzes sind die Gemeinschaften im Rahmen „des Schutzes und der Veranschaulichung der Sprache" ebenfalls zuständig für Presseveröffentlichungen im Sinne des Artikels 2 Nr. 5 der Verordnung 2024/1083 um Pluralismus, Medienfreiheit und redaktionelle Unabhängigkeit sicherzustellen. Für die Deutschsprachige Gemeinschaft verweist Artikel 4 §1 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über die institutionellen Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft ausdrücklich auf Artikel 4 des

Sondergesetzes vom 8. August 1980, ohne jedoch eine eigene Liste von kulturellen Angelegenheiten aufzustellen.

Die Verordnung (EU) 2024/900 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. März 2024 über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung sieht in Artikel 22 die Bezeichnung von mehreren zuständigen Behörden vor.

Gemäß Artikel 22 (3) der Verordnung benennen die Mitgliedstaaten die zuständigen Behörden, die die Einhaltung der Pflichten nach den Artikeln 7 bis 17 und 21 dieser Verordnung durch Anbieter von Vermittlungsdiensten im Sinne der Verordnung (EU) 2022/2065 überwachen. Die Verordnung sieht vor, dass dies die gleichen Behörden wie die der Verordnung (EU) 2022/2065 sein können. Durch das Programmdekret vom 14. Dezember 2023 wurde der Medienrat als zuständige Behörde gemäß der Verordnung (EU) 2022/2065 bezeichnet und ist gemäß Staatsratsgutachten Nr. 73.934/3 vom 26. September 2023 zuständig für die Beaufsichtigung von Vermittlungsdiensten, die bewegte Bilder oder Ton übertragen, die für die Allgemeinheit oder einen Teil davon bestimmt sind und nicht vertraulich sind. Vermittlungsdienste können daher als audiovisuelle und auditive Mediendienste im Sinne von Artikel 4 Nr. 6 vom Sondergesetz zur Reform der Institutionen vom 8. August 1980 angesehen werden und entsprechend in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaften fallen.

Gemäß Artikel 22 (4) der Verordnung benennen die Mitgliedstaaten ebenfalls eine oder mehrere zuständige Behörden, die für die Anwendung und Durchsetzung der in den Absätzen 1 und 3 dieses Artikels nicht genannten Aspekte dieser Verordnung zuständig sind. Die Verordnung sieht vor, dass dies die gleichen Behörden wie die der Richtlinie 2010/13/EU sein können. Gemäß Staatsratsgutachten 68.213/3 vom 16. Dezember 2020 ist der Medienrat zuständig für die Durchsetzung der Richtlinie 2010/13/EU und der diesbezüglichen Beaufsichtigung der auditiven und audiovisuellen Mediendienste sowie Video-Sharing Plattformdienste. Der Medienrat ist demnach bereits eine zuständige Behörde gemäß der Richtline 2010/13/EU.

Die Verordnung (EU) 2024/1083 des europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU (Europäisches Medienfreiheitsgesetz) definiert Mediendienst als „eine Dienstleistung im Sinne der Artikel 56 und 57 AEUV, bei der der Hauptzweck der Dienstleistung oder ein abtrennbarer Teil der Dienstleistung darin besteht, unter der redaktionellen Verantwortung eines Mediendiensteanbieters der Allgemeinheit — gleich auf welche Weise — Sendungen oder Presseveröffentlichungen zur Information, Unterhaltung oder Bildung bereitzustellen“. Im Sinne der Verordnung (EU) 2024/1083 handelt sich dabei also nicht nur um auditive oder audiovisuelle Mediendienste (mit Ausnahme der auditiven und audiovisuellen Online-Plattformen), für die die Deutschsprachige Gemeinschaft gemäß dem Sondergesetz ausdrücklich zuständig ist, sondern auch um Presseveröffentlichungen.
Auf der Grundlage ihrer Zuständigkeit für den Schutz und die Veranschaulichung der Sprache nach Artikel 4 Nr. 1 des Sondergesetzes verfügen die Gemeinschaften zwar nicht über eine allgemeine Regelungsbefugnis für die Schriftpresse und deren Untergruppe der Presseveröffentlichungen an sich, es obliegt ihnen aber, zum Zwecke des Schutzes und der Veranschaulichung der Sprache den Pluralismus und redaktionelle Unabhängigkeit bei Presseveröffentlichungen sicherzustellen. Zu diesem Zwecke können die Gemeinschaften Durchführungsbestimmungen für die Verordnung (EU) 2024/1083 verabschieden, die nicht nur audiovisuelle und auditive Mediendienste einschließlich Online-Plattformen, die Zugang zu Medieninhalten bieten, betreffen, sondern auch Presseveröffentlichungen. In der Tat ist laut Artikel 1 der Verordnung (EU) 2024/1083 ihr grundsätzliches Ziel die Wahrung von Pluralismus und redaktioneller Unabhängigkeit bei Mediendiensten, die Presseveröffentlichungen miteinschließen.

Ihre Zuständigkeit für „den Schutz und die Veranschaulichung der Sprache“ erlaubt es den Gemeinschaften so, die Presseveröffentlichungen in Hinblick auf die Sicherstellung und den Ausbau von

Pluralismus und redaktionelle Unabhängigkeit zu regulieren, da Pluralismus und redaktionelle Unabhängigkeit (u.a. bei Presseveröffentlichungen) ideale Werkzeuge für den Schutz und die Veranschaulichung der Sprache sind. Insbesondere in Zeiten, in denen sich Kommunikation immer mehr auf vereinfachte sprachliche Ausdrucksformen reduziert, ist Medienvielfalt und Pluralismus, der Bürgern und Unternehmen Zugang zu einer Vielfalt an Meinungen und verschiedenartigen Informationsquellen bietet, auch ein Mittel zum Schutz und zur Veranschaulichung der Sprache. Pluralismus bedeutet auch Wettbewerb um den treffendsten und der jeweiligen Frage und Situation am besten angepassten Ausdruck, und fördert so sprachliche Entwicklung bzw. bringt sie erst hervor. Medienpluralismus, bei dem die Anbieter – bei selben Fakten für alle – um die besten und treffendsten Ausdrücke wetteifern, – schützt und veranschaulicht die Sprache.

Indem die Gemeinschaften Presseveröffentlichungen so regeln, dass auf dem Medienmarkt insgesamt Pluralismus entstehen und weiterhin bestehen kann, schützen und veranschaulichen sie die jeweilige Sprache in den betroffenen Sprachgebieten. In der Tat veröffentlichen die im deutschen Sprachgebiet ansässigen Anbieter von Presseveröffentlichungen und/oder von auditiven und audiovisuellen Mediendiensten (einschließlich Online-Plattformen, die Zugang zu Medieninhalten bieten) ihre (konkurrierenden) Medienangebote im Wesentlichen in deutscher Sprache.

Es sei schließlich noch auf die Gutachten des Staatsrats 59.784 vom 23. September 2016 und 68.213/3 vom 16. Dezember 2020 verwiesen, in denen der Staatsrat eine ähnliche Argumentation vorträgt.

Die Verordnung (EU) 2024/1309 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2024 über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Aufbaus von Gigabit-Netzen für die elektronische Kommunikation, zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/2120 und zur Aufhebung der Richtlinie 2014/61/EU (Gigabit-Infrastrukturverordnung) soll den Aufbau von Netzen mit sehr hoher Kapazität (sog. „VHC-Netze“) erleichtern und anregen, indem die gemeinsame Nutzung bestehender physischer Infrastrukturen gefördert und ein effizienterer Aufbau neuer physischer Infrastrukturen ermöglicht wird, damit solche Netze schneller und zu geringeren Kosten aufgebaut werden können. Weit überwiegend regelt die Gigabit-Infrastrukturverordnung Fragen der Raumordnung. Darüber hinaus betrifft die Verordnung insbesondere in ihren Artikeln 3 und 11 Fragen des Zugangs von einem Betreiber zu physischen Infrastrukturen, sowie zugehörigen Einrichtungen. Die ausschließliche oder nicht ausschließliche Bereitstellung von Einrichtungen und/oder Diensten für ein anderes Unternehmen unter bestimmten Bedingungen zur Erbringung von elektronischen Kommunikationsdiensten fällt nach Titel 3 Kapitel 3 des Mediendekrets in den Zuständigkeitsbereich des Medienrates, insofern sie zur Erbringung von Diensten der Informationsgesellschaft oder Rundfunkinhaltsdiensten verwendet werden.

Die Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz) sieht in Artikel 77 (2) das Benennen von zuständigen Behörden zum Schutz der Grundrechte vor. Gemäß Artikel 7 §2 des Mediendekrets schützt der Medienrat die Meinungs- und Informationsfreiheit im Bereich der Mediendienste, in dem er rechtswidrige sowie schädliche Inhalte ahndet und sanktioniert (Art. 138 des Mediendekrets). Gemäß Artikel 11 des Mediendekrets schützt der Medienrat ebenfalls die Meinungsvielfalt. Gemäß Artikel 55 §1 Nr. 5 des Mediendekrets kontrolliert der Medienrat, dass gewisse Anbieter von Mediendienste, die eine Zuteilung von Funkfrequenzen erhalten haben, die Vielfalt der Meinungen zum Ausdruck bringen. Dementsprechend wird der Medienrat als zuständige Behörde gemäß Artikel 77 der KI-Verordnung bezeichnet.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DES BEIRATS FÜR MEDIENDIENSTE

Der Beirat für Mediendienste gab am 31. Oktober 2025 sein Gutachten zum Dekretvorentwurf ab.

In seiner Bemerkung in Absatz 2 weist der Beirat darauf hin, dass eine gute, einheitliche und verständliche Kommunikation an alle Institutionen notwendig ist, die vom Artikel 25 des europäischen Medienfreiheitsgesetzes betroffen sind. Dieser Notwendigkeit hat man sich bereits angenommen, in dem alle Fachbereiche des Ministeriums kontaktiert wurden, um alle betroffen Behörden und öffentliche Stellen zu identifizieren und im Anschluss zu kontaktieren.

In seiner Bemerkung Absatz 3 empfiehlt der Bereit eine redaktionelle Ergänzung mit Verweis auf Artikel 4 Nummer 60.1 des Mediendekrets. Der Begriff „Vermittlungsdienste" wird bereits in Artikel 4 Nummer 60.1 definiert und auf die Zuständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingegrenzt. Jedes Mal, wenn der Begriff „Vermittlungsdienst im Dekret erwähnt wird, wird er im Sinne der Definition verstanden. Es bedarf also keiner weiteren Ergänzung.

In seiner Bemerkung in Absatz 4, empfiehlt der Beirat Websender und Streamingangebote auch einer inhaltlichen Aufsicht zu unterwerfen. Dieser Anmerkungen wird bei einer zukünftigen Abänderung des Mediendekrets mitgedacht werden, resultiert jedoch aktuell nicht direkt aus der Gutachtenanfrage der Regierung bezüglich vorliegendem Dekrtvorentwurf.

In seiner Bemerkung in den Absätzen 6-11 empfiehlt der Beirat im Zusammenhang mit der Verordnung 2024/900, das Verbot von Werbung im Radio, Fernsehen oder Kino während den Provinz- und Gemeindewahlen gemäß dem Gesetz vom 7. Juli 1994 über die Einschränkung und Kontrolle der Wahlausgaben aufzuheben. Diese Bemerkung wurde an dem zuständigen Fachbereich des Ministeriums weitergeleitet. Eine Anpassung des vorliegenden Dekretvorentwurfes ist dabei jedoch nicht notwendig.

Der BRF regt in seiner beigefügten Stellungnahme unter Punkt 1 an, klarzustellen, dass journalistische Berichterstattung über politische Themen nicht als politische Werbung im Sinne der Verordnung (EU) 2024/900 gilt. Gemäß Artikel 1 (2) der Verordnung gelten politische Meinungen und andere redaktionelle Inhalte, die redaktioneller Verantwortung unterliegen,
ungeachtet des Mediums, in dem sie geäußert werden, nur dann als politische Werbung, wenn für ihre Ausarbeitung, Platzierung, Förderung, Veröffentlichung, Zustellung oder Verbreitung oder im Zusammenhang damit eine konkrete Zahlung oder sonstige Vergütung durch Dritte geleistet wird. Journalistische Berichterstattung ist somit bereits vom Anwendungsbereich ausgeschlossen und braucht keiner weiteren Präzisierungen.

Unter Punkt 5 regt der BRF an, im Dekret eine klare Abgrenzung zwischen institutioneller Finanzierung und staatlicher Werbevergabe bezüglich Artikel 25 des europäischen Medienfreiheitsgesetz vorzunehmen. Eine Behörde oder öffentliche Stelle wird in Artikel 2 Nummer 18 der Verordnung (EU) 2024/1083 definiert als, eine nationale oder subnationale Regierung, eine Regulierungsbehörde oder -stelle sowie eine von einer nationalen oder subnationalen Regierung direkt oder indirekt kontrollierte Stelle. Im Erwägungsgrund 13 wird dabei präzisiert, dass eine solche Kontrolle sich aus Rechten, Verträgen oder anderen Mitteln ergeben kann, durch die die Möglichkeit, einen bestimmenden Einfluss auf eine Stelle auszuüben, gewährt wird. Insbesondere sind Eigentum an Kapital oder Nutzungsrechte an der Gesamtheit oder an Teilen des Vermögens eines Unternehmens oder Rechte oder Verträge, die einen bestimmenden Einfluss auf die Zusammensetzung, die Abstimmungen oder Beschlüsse der Organe einer Stelle gewähren. Da der BRF ein Geschäftsführungsvertrag mit der Regierung hat und ein Vertreter der Regierung im Verwaltungsrat sitz, kann der BRF als eine betroffene Behörde unter Artikel 25 der Verordnung gesehen werden.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DER DATENSCHUTZBEHÖRDE

Die Datenschutzbehörde gab am 13. November 2025 ihr Gutachten Nr. 120/2025 zum Dekretvorentwurf ab.

In Bemerkung 3 kommt die Datenschutzbehörde zu der Schlussfolgerung, dass kein Artikel des Dekretvorentwufes Anlass zu Bemerkungen hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten gibt. Dementsprechend werden keine Änderungen vorgenommen.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

**Artikel 1**

Bei dieser Vorschrift handelt es sich um die sogenannte „Europaklausel", die auf die Verordnungen verweist, zu deren Implementierung das Mediendekret dient.

Durch den vorliegenden Dekretvorentwurf werden folgende Verordnungen umgesetzt und dementsprechend in die Europaklausel in Artikel 1 Absatz 2 des Mediendekrets eingefügt:

- Verordnung (EU) 2024/1309 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2024 über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Aufbaus von Gigabit-Netzen für die elektronische Kommunikation, zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/2120 und zur Aufhebung der Richtlinie 2014/61/EU (Gigabit-Infrastrukturverordnung);
- Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz);
- Verordnung (EU) 2024/900 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. März 2024 über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung.

Die Verordnung (EU) 2024/1083 des europäischen Parlaments und des Rates vom 11. April 2024 zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU (Europäisches Medienfreiheitsgesetz) wird ebenfalls durch den vorliegenden Dekretvorentwurf umgesetzt, wurde jedoch bereits durch das Programmdekret vom 24. Februar 2025 in Artikel 1 Absatz 2 des Mediendekrets eingefügt.

**Artikel 2**

Artikel 3 des Mediendekrets bestimmt den allgemeinen Anwendungsbereich des Dekrets in Bezug auf die betroffenen Regelungsgegenstände (Mediendienste,…) und Regelungsadressaten (Mediendiensteanbieter,…) sowie auf den räumlichen Geltungsbereich (Deutschsprachige Gemeinschaft/deutsches Sprachgebiet). Für die Durchführung der relevanten Bestimmungen der Verordnung (EU) 2024/1083 und für den Schutz von Medienpluralismus und redaktioneller Unabhängigkeit sind die Deutschsprachige Gemeinschaft und ihr Medienrat auch für „Presseveröffentlichungen" zuständig. Deshalb muss Artikel 3 des Mediendekrets um einen Verweis auf (die Anbieter von) Presseveröffentlichungen vervollständigt werden.

**Artikel 3**

Artikel 4 des Mediendekrets enthält die Begriffsbestimmungen der unter das Dekret fallenden Dienste und Adressaten sowie der durchgeführten Bestimmungen.

Die aktuellen Definitionen von audiovisueller und auditiver kommerzielle Kommunikation in Artikel 4 Nummer 3 und 6 des Mediendekrets werden erweitert, um den Aspekt der politischen Werbung im Sinne der Verordnung (EU) 2024/900 zu integrieren.

Ebenfalls wird der Vollständigkeit halber das gemäß der Verordnung (EU) 2024/1083 eingesetzte Europäische Gremium für Mediendienste (EBMS) definiert.

Für die Durchführung der Verordnung (EU) 2024/1083 und ihres Artikels 2 Nummer 3 und 5 werden außerdem in Artikel 4 Nummer 43.1 und 44.1 des Mediendekrets Definitionen der Begriffe „öffentlich-rechtlicher Mediendiensteanbieter“ und „Presseveröffentlichung“ aufgenommen.

Zur besseren Lesbarkeit werden die folgenden Verordnungen definiert.

- Verordnung (EU) 2024/1309 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2024 über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Aufbaus von Gigabit-Netzen für die elektronische Kommunikation, zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/2120 und zur Aufhebung der Richtlinie 2014/61/EU (Gigabit-Infrastrukturverordnung);
- Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz);
- Verordnung (EU) 2024/900 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. März 2024 über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung.

Die Verordnung (EU) 2024/1083 definiert in Artikel 2 Nummer 15 einen Zusammenschluss auf dem Medienmarkt. Diese Definition wird durch einen Verweis ins Mediendekret in Artikel 4 Nr. 71 aufgenommen, wobei präzisiert wird, dass der Medienrat nicht nur dann zuständig ist, wenn ein (wirtschaftlicher) Mediendienst im Sinne von Artikel 4 Nummer 35 des Mediendekrets betroffen ist, sondern auch wenn Presseveröffentlichungen im Sinne von Artikel 2 Nr. 5 der Verordnung (EU) 2024/1083 angeboten werden. Diese Anpassung der Definition der Verordnung (EU) 2024/1083 ist erforderlich, weil der Geltungsbereich des von Artikel 4 Nr. 35 des Mediendekrets Begriffes „Mediendienst“, der horizontal auf das gesamte Mediendekret anwendbar ist, nicht mit dem Geltungsbereich des Begriffes „Mediendienst“ des Artikels 2 Nr. 1 der Verordnung (EU) 2024/1083 übereinstimmt.

**Artikel 4**

Artikel 8 des Mediendekrets sieht eine Verpflichtung zur Registrierung beim Medienrat für alle Anbieter privater wirtschaftlicher Mediendienste vor, ausgenommen lineare Mediendienste, die über Funkfrequenzen übertragen werden.

Artikel 6 (1) der Verordnung (EU) 2024/1083 sieht vor, dass Mediendiensteanbieter den Empfängern ihrer Dienste bestimmte Informationen leicht und direkt zugänglich machen.

Mit dem vorliegenden Artikel werden die oben genannten Anbieter verpflichtet, die Meldung beim Medienrat um weitere Angaben gemäß Artikel 6 (1) der Verordnung (EU) 2024/1083 zu ergänzen. Dazu wird ihnen ein entsprechendes Formular auf der Webseite des Medienrates zu Verfügung gestellt. Neben der Meldung beim Medienrat müssen die Mediendiensteanbieter diese Informationen ebenfalls den Empfängern ihrer Dienste leicht und direkt zugänglich machen.

**Artikel 5**

Artikel 9 des Mediendekrets verpflichtet private Mediendiensteanbieter, dem Medienrat jährlich einen Tätigkeitsbericht vorzulegen. Gemäß Artikel 6 (1) Buchstabe d) der Verordnung (EU) 2024/1083 machen Mediendiensteanbieter den Empfängern ihrer Dienste den ihnen zugewiesenen jährlichen Gesamtbetrag staatlicher Mittel für staatliche Werbung und den jährlichen Gesamtbetrag ihrer von Behörden oder öffentlichen Stellen von Drittländern stammenden Werbeeinnahmen leicht und direkt zugänglich. Um dies garantieren zu können, wird in Artikel 9 §1 Absatz 1 des Mediendekrets eine neue

Nummer 3 eingefügt, die die Mediendiensteanbieter dazu verpflichtet, diese Information in ihren Tätigkeitsbericht zu integrieren.

**Artikel 6 und 7**

Die Bestimmungen in Artikel 13 und 34 des Mediendekrets betreffen die kommerzielle Kommunikation. Die Kriterien der kommerziellen Kommunikation werden erweitert, um den Bestimmungen bezüglich politischer Werbung im Sinne der Verordnung (EU) 2024/900 Rechnung zu tragen.

**Artikel 8**

Artikel 74 des Mediendekrets sieht unter anderem vor, dass der Medienrat entweder von sich aus oder auf Antrag einer Partei eingreifen kann, um die ausschließliche oder nicht ausschließliche Bereitstellung von Einrichtungen und/oder Diensten für ein anderes Unternehmen zur Erbringung von elektronischen Kommunikationsdiensten zu gewährleisten, insofern sie zur Erbringung von Diensten der Informationsgesellschaft oder Rundfunkinhaltsdiensten verwendet werden. Die Artikel 3 (1), (3) und 11 der Verordnung (EU) 2024/1309 präzisieren die betreffenden relevanten Komponenten. Aus Gründen der Kohärenz sind diese daher auch in Artikel 74 des Mediendekrets unter der Zuständigkeit des Medienrates zu berücksichtigen.

**Artikel 9**

Artikel 103 des Mediendekrets enthält die dem Medienrat auferlegten Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit anderen Behörden.

Gemäß Artikel 9 Nummer 2 des vorliegenden Dekretvorentwurfes ist der Medienrat die zuständige nationale Behörde der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Mitgliedschaft und die Teilnahme am durch die die Verordnung (EU) 2024/1083 eingesetzten Europäischen Gremium für Mediendienste (EBMS). Demzufolge muss der Medienrat mit dem eingesetzten Europäischen Gremium für Mediendienste und anderen Medienregulierungsbehörden in Belgien und in anderen Ländern im Sinne der Verordnung (EU) 2024/1083 kooperieren. und sich zu diesem Zwecke mit allen anderen belgischen Medienregulierungsbehörden gemäß Artikel 112 §3 Absatz 4 des abgeänderten Mediendekrets koordinieren.

Artikel 14 der Verordnung (EU) 2024/1083 sieht Mechanismen für eine strukturierte Kooperation zwischen Regulierungsbehörden in Rahmen der Verordnung (EU) 2024/1083 und Richtlinie 2010/13/EU vor. Demzufolge wird der Medienrat mit ersuchten Behörden gemäß Artikel 14 der Verordnung (EU) 2024/1083 und 103 §1 Absatz 1 Nummer 11 des Mediendekrets kooperieren.

Durch Artikel 9 Nummer 4 des vorliegenden Dekretvorentwurfes wird der Medienrat als zuständige Behörde der Deutschsprachigen Gemeinschaft gemäß der Verordnung (EU) 2024/900 bezeichnet. Gemäß Artikel 22 (7) derselben Verordnung sorgen Mitgliedstaaten dafür, dass es eine wirksame und strukturierte Zusammenarbeit und Koordinierung auf nationaler Ebene zwischen allen einschlägigen in den Absätzen 1 bis 4 genannten zuständigen Behörden gibt. Demzufolge muss der Medienrat mit den zuständigen Behörden, die vom Föderalstaat und/oder von den Gemeinschaften und den anderen Mitgliedstaat bezeichnet worden sind, im Sinne der Verordnung (EU) 2024/900 kooperieren.

Eine neu in Artikel 103 §1 Absatz 1 des Mediendekrets eingepflegte Nummer 12 sieht vor, dass der Medienrat zur Bewertung von Zusammenschlüssen auf dem Medienmarkt, die sich erheblich auf Medienpluralismus und redaktionelle Unabhängigkeit auswirken könnten gemäß Artikel 22 der Verordnung (EU) 2024/1083 und zur konkreten Durchführung des neuen Artikels 112 §1 Nummer 44 mit anderen belgischen zuständigen Behörden zusammenarbeitet. Das zu diesem Zwecke – und im Allgemeinen zur Durchführung der Verordnung (EU) 2024/1083 in der Praxis - notwendige

Zusammenarbeitsabkommen auf der Grundlage von Artikel 92bis §1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen in Verbindung mit Artikel 55bis des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft wird vom neuen Artikel 112 §3 Absatz 4 des Mediendekrets vorgesehen.

Durch Artikel 9 Nummer 4 des vorliegenden Dekretvorentwurfes wurde der Medienrat als zuständige Behörde für den Schutz der Grundrechte der Deutschsprachigen Gemeinschaft gemäß der Verordnung (EU) 2024/1689 bezeichnet. Demzufolge muss der Medienrat mit den anderen zuständigen Behörden und der Marktüberwachungsbehörde gemäß Artikel 79 §2 und Artikel 82 §1 der Verordnung (EU) 2024/1689 kooperieren.

In Artikel 103 §1 Absatz 2 des Mediendekrets wird präzisiert, dass der Medienrat nicht nur mit den anderen Regulierungsbehörden und der Wettbewerbsbehörden Informationen austauscht, sondern mit all den in Artikel 103 §1 Absatz 1 genannten Stellen und Behörden.

Die aktuelle Auflistung des Artikels 103 §1 des Mediendekrets wird in diesem Sinne vervollständigt werden.

**Artikel 10**

Artikel 112 §1 des Mediendekrets enthält die Liste der konkreten Aufgaben des Medienrates. Diese Liste wird ergänzt, um den neuen Aufgaben gemäß den Verordnungen (EU) 2024/1083 und (EU) 2024/900 Rechnung zu tragen.

Artikel 112 §3 des Mediendekrets benennt den Medienrat als zuständige Regulierungsbehörde für die Verordnungen (EU) 2022/2065 und (EU) 2022/1925. Um die Lesbarkeit des Artikels zu verbessern, wird für die Verordnung (EU) 2024/1083 ein eigener Absatz vorgesehen. Schließlich wird der Medie nrat als zuständige Regulierungsbehörde für die Verordnungen (EU) 2022/2065 und (EU) 2022/1925 benannt.

Der erste Satz von Artikel 112 §1 leitet die danach folgende Auflistung der Aufgaben des Medienrates mit einem direkten Verweis auf deren Rechtgrundlage, das heißt auf das Mediendekret, ein. Da die Aufgaben in der Liste jedoch auch andere Rechtsgrundlagen haben (Dekret vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk und Fersensehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft (EU) Verordnungen) wird der Verweis im ersten Satz des §1 um diese zusätzlichen Rechtsgrundlagen ergänzt.

Gemäß Nummer 1 des §1 von Artikel 112 des Mediendekrets erstellt der Medienrat eine aktuelle Liste von Anbietern von Mediendiensten. Diese Liste muss um Angaben von Anbietern von Presseveröffentlichungen ergänzt werden.

Die Formulierung von Nummer 29 des Artikels 112 §1 des Mediendekrets muss vervollständigt werden. Artikel 6 (1) der Verordnung (EU) 2024/1083 sieht vor, dass Mediendiensteanbieter den Empfängern ihrer Dienste bestimmte Informationen leicht und direkt zugänglich machen müssen. Diese Informationspflichten werden durch Artikel 115 durchgeführt, der dementsprechend vervollständigt wird. Zur besseren Lesbarkeit der Bestimmungen wird in Artikel 112 §1 Nummer 29 die Aufgabe des Medienrats „Verlangen von Auskünften gemäß Artikel 115“ durch „Verlangen von Auskünften und Kontrolle der Einhaltung von Informationspflichten gemäß Artikel 115“ ersetzt.

Die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste 2010/13/EU enthält Verpflichtungen für Video-Sharing-Plattformen, die der Medienrat bereits jetzt überprüfen muss. Durch Artikel 15 der Verordnung (EU) 2024/1083 sind neue Kooperationsmechanismen in Bezug auf Video-Sharing-Plattformen festgelegt worden, die den Medienrat dazu befugt, das Ergreifen von erforderlichen und verhältnismäßigen Maßnahmen in Bezug auf Video-Sharing-Plattform-Anbietern anzuordnen. Der bestehende Artikel 112 §1 Nummer 10 des Mediendekrets wird durch diesen Aspekt entsprechend vervollständigt.

Die neue Aufgabe Nummer 42 des Medienrates führt Artikel 5 (4) der Verordnung (EU) 2024/1083 durch. Artikel 5 der Verordnung (EU) 2024/1083 sieht folgende Schutzvorkehrungen für die unabhängige Funktionsweise öffentlich-rechtlicher Mediendiensteanbieter vor:

1. redaktionelle und funktionale Unabhängigkeit und das Bereitstellen einer Vielzahl von Informationen und Meinungen auf unparteiischer Weise;
2. transparente, offene, wirksame und nichtdiskriminierende Verfahren und Kriterien für die Ernennung und die Entlassung des Geschäftsführers oder der Mitglieder des geschäftsführenden Gremiums;
3. transparente und objektive Verfahren und Kriterien zur Finanzierung.

Gemäß Artikel 5 (4) derselben Verordnung benennen die Mitgliedstaaten eine unabhängige Behörde, die die Einhaltung der oben genannten Bestimmungen beobachtet. Durch vorliegenden Artikel wird der Medienrat durch Artikel 112 §1 Nummer 42 mit dieser Aufgabe der Kontrolle der Einhaltung der Schutzvorkehrungen für die unabhängige Funktionsweise öffentlich-rechtlicher Mediendiensteanbieter betraut. Was insbesondere das Belgische Rundfunk-und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft betrifft – aktuell der einzige öffentlich-rechtliche Mediendiensteanbieter in der Deutschsprachigen Gemeinschaft – so werden die Bestimmungen zu Nummer 1 und 3 bereits jetzt teilweise sichergestellt aufgrund von Artikel 1.9 des Dekrets vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft (im Folgenden „BRF-Dekret"). Darüber hinaus muss der BRF einen jährlichen Tätigkeitsbericht einreichen. Die Bestimmungen zu Nummer 2 werden durch Artikel 27 des BRF-Dekrets teilweise durchgeführt. Sowohl Artikel 1.9 als auch Artikel 27 des BRF-Dekrets werden für eine bessere Durchführung des Artikels 5 (1)-(3) der Verordnung (EU) 2024/1083 respektive durch die Artikel 18 und 19 des vorliegenden Abänderungsdekrets vervollständigt. Die Überprüfung der finanziellen Mittel wird vom Finanzinspektor wahrgenommen. Da der Medienrat im Rahmen von Artikel 1.9 des BRF-Dekrets neue Aufgaben zur Durchführung von Artikel 5 (1) und 5 (3) EMFA erhält (die Abgabe von Gutachten), muss die Nummer 40 von §1 Artikel 112 des Mediendekrets diesbezüglich ergänzt werden.

Artikel 22 der Verordnung (EU) 2024/1083 sieht das Bewerten von Zusammenschlüssen auf dem Medienmarkt vor, die sich erheblich auf Medienpluralismus und redaktionelle Unabhängigkeit auswirken könnten. Gemäß Artikel 22 (1) c) der Verordnung werden den nationalen Regulierungsbehörden die Zuständigkeit für diese Bewertung zugeschrieben. Dementsprechend wird in Artikel 112 §1 Nummer 44 des Mediendekrets dem Medienrat eine neue Aufgabe zugewiesen. Es ist jedoch möglich, dass der Medienrat – zum Beispiel im Rahmen eines Zusammenarbeitsabkommens auf der Grundlage von Artikel 92bis §1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen in Verbindung mit Artikel 55bis des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft – diese Bewertung nicht alleine durchführt bzw. nicht (alleine) darüber entscheidet, wenn im Rahmen des Zusammenarbeitsabkommens eine neue, eigenständige Rechtsperson eingesetzt wird, wie die Konferenz der Regulierungsbehörden für den Bereich der elektronischen Kommunikation (KRK) eine ist. Aus diesem Grund wird der Medienrat nicht nur direkt benannt werden, sondern zur Benennung wird hinzugefügt „beziehungsweise sich maßgeblich in die Bewertung einbringen". Die diesbezügliche Zusammenarbeit und Koordinierung werden auch von Artikel 103 §1 Nummer 12 vorgesehen.

Artikel 24 der Verordnung (EU) 2024/1083 sieht Bestimmungen für die Anbieter von Systemen zur Publikumsmessung vor. Diese müssen sicherstellen, dass ihre Systeme zur Publikumsmessung und die für ihre Systeme zur Publikumsmessung eingesetzte Methodik den Grundsätzen der Transparenz, Unparteilichkeit, Inklusivität, Verhältnismäßigkeit, Nichtdiskriminierung, Vergleichbarkeit und Überprüfbarkeit entsprechen. Gemäß Artikel 24 (3) der Verordnung ermutigen die nationalen Regulierungsbehörden oder -stellen die Anbieter von Publikumsmesssystemen, Verhaltenskodizes auszuarbeiten und einzuhalten. Diese Aufgabe wird dem Medienrat durch vorliegenden Artikel angewiesen. Eine Zusammenarbeit mit den anderen belgischen Regulierungsbehörden ist im Rahmen von Artikel 103 des

Mediendekrets – wie von Artikel 9 des vorliegenden Abänderungsdekrets abgeändert - angedacht, um ein koordiniertes Verfahren auszuarbeiten.

Zur besseren Lesbarkeit wird durch Nummer 9 des vorliegenden Artikels in Artikel 112 §3 des Mediendekrets ein neuer Absatz eingefügt, um den Medienrat als zuständige Behörde für die Durchsetzung der Verordnung (EU) 2024/1083 zu benennen. Dieser Absatz weist dann auch darauf hin, dass die näheren Modalitäten (Verfahren, Kriterien,...) der Durchführung der Verordnung (EU) 2024/1083 und der von §1 festgelegten diesbezüglichen Aufgaben des Medienrates, durch die Regierung und/oder ein zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der Flämischen Gemeinschaft, der Französischen Gemeinschaft und dem Föderalstaat abgeschlossenes Zusammenarbeitsabkommen zur teilweisen Durchführung der Verordnung (EU) 2024/1083 im Sinne des Artikels 92bis §1 des Sondergesetzes in Verbindung mit Artikel 55bis des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft festgelegt werden. Außerdem bestätigt die Benennung als zuständige nationale Regulierungsbehörde für die Durchsetzung der Verordnung (EU) 2024/1083 implizit die Mitgliedschaft des Medienrats im Europäischen Gremium für Mediendienste (EBMS) im Sinne der Artikel 8(2) und 10(1) der Verordnung (EU) 2024/1083, die auch aus Artikel 103 §1 Absatz 1 Nummer 6 hervorgeht, ohne dass dies ausdrücklich erwähnt werden müsste.

Die Verordnung (EU) 2024/900 sieht in Artikel 22 die Bezeichnung von mehreren zuständigen Behörden vor. Gemäß Artikel 22 (3) benennen die Mitgliedstaaten die zuständigen Behörden, die die Einhaltung der Pflichten nach den Artikeln 7 bis 17 und 21 dieser Verordnung durch Anbieter von Vermittlungsdiensten im Sinne der Verordnung (EU) 2022/2065 überwachen. Die Verordnung sieht explizit vor, dass dies die gleichen Behörden wie die der Verordnung (EU) 2022/2065 sein können. Durch das Programmdekret vom 14. Dezember 2023 wurde der Medienrat als zuständige Behörde gemäß der Verordnung (EU) 2022/2065 bezeichnet.

Gemäß Artikel 22 (4) der Verordnung benennen die Mitgliedstaaten ebenfalls eine oder mehrere zuständige Behörden, die für die Anwendung und Durchsetzung der in den Absätzen 1 und 3 dieses Artikels nicht genannten Aspekte dieser Verordnung zuständig sind. Die Verordnung sieht explizit vor, dass dies die gleichen Behörden wie die der Richtlinie 2010/13/EU sein können. Der Medienrat ist eine zuständige Behörde gemäß der Richtline 2010/13/EU.

Dementsprechend wird der Medienrat als zuständige Behörde für den Artikel 22 (3) und (4) der Verordnung (EU) 2024/900 bezeichnet.

Gemäß Artikel 112 Nummer 22 des Mediendekrets ist der Medienrat zuständig für die Marktregulierung nach Titel 3 Kapitel 3 des Mediendekrets. Der Medienrat ist ebenfalls zuständige Behörde nach Artikel 14 (1) der Gigabit-Infrastrukturverordnung. Dies sollte aus Gründen der Kohärenz hier auch klargestellt werden.

Artikel 77 (2) der Verordnung (EU) 2024/1689 sieht das Benennen von zuständigen Behörden zum Schutz der Grundrechte vor. Gemäß Artikel 7 §2 des Mediendekrets schützt der Medienrat die Meinungs- und Informationsfreiheit im Bereich der Mediendienste, in dem er rechtswidrige sowie schädliche Inhalte ahndet und sanktioniert (Art. 138 des Mediendekrets). Gemäß Artikel 11 des Mediendekrets schützt der Medienrat die Meinungsvielfalt.

Gemäß Artikel 55 §1 Nr. 5 des Mediendekrets kontrolliert der Medienrat, dass gewisse Anbieter von Mediendienste, die eine Zuteilung von Funkfrequenzen erhalten haben, die Vielfalt der Meinungen zum Ausdruck bringen. Gemäß Artikel 102 des Mediendekrets hat der Medienrat die Zielsetzung, die im Artikel 5 des Mediendekrets festgelegten Ziele zu erreichen. Hierbei handelt es sich unter anderem um die Förderung von Medienpluralismus und Diskriminierungsfreiheit. Dementsprechend wird der Medienrat durch vorliegenden Artikel als zuständige Behörde gemäß Artikel 77 der Verordnung (EU) 2024/1689 bezeichnet.

**Artikel 11**

Gemäß Artikel 114 §1 des Mediendekrets kann der Medienrat bereits bei Streitigkeiten in Zusammenhang mit den in Titel 3 des Mediendekrets enthaltenen Verpflichtungen auf Antrag einer Partei eine verbindliche begründete Entscheidung treffen. Zum Titel 3 gehört auch der angepasste Artikel 74 des Mediendekrets. Zur Klarstellung und aus Gründen der Kohärenz sollte auch hier der relevante Bezug zur Verordnung (EU) 2024/1309 aufgenommen werden. Der Medienrat ist zuständige Behörde im Sinne des Artikels 14 (1) der Verordnung (EU) 2024/1309.

**Artikel 12**

Artikel 115 des Mediendekrets enthält die Berichts- und Informationspflichten der Unternehmen gegenüber dem Medienrat und wird insbesondere um Berichts- und Informationspflichten die zur Durchführung der Verordnung 2024/1083 notwendig sind ergänzt.

Aus diesem Grund wird der Titel von Artikel 115 des Mediendekrets 2021 in „Auskunftsverlangen sowie Berichts- und Informationspflichten" abgeändert, um besser dem Inhalt des Artikels zu entsprechen. Die jetzigen Absätze 1 bis 4 werden in einen neuen „§1" zusammengefasst.

Die heutige Auflistung der Informationspflichten zu Lasten der Unternehmen ergänzt wird in §1 ergänzt, um im Allgemeinen den Bestimmungen der Verordnungen (EU) 2022/2065, (EU) 2024/1083, (EU) 2024/1309, (EU) 2024/1689 und (EU) 2024/900 zu entsprechen.

Gemäß Artikel 6 (2) der Verordnung (EU) 2024/1083 werden die nationale Regulierungsbehörden oder -stellen mit der Entwicklung von nationalen Datenbanken zum Medieneigentum, in denen diese Informationen enthalten sind, beauftragt. Durch vorliegenden Artikel wird der Medienrat mit dieser Aufgabe betraut. Der Medienrat kann diese Informationen beispielsweise in Tabellenform auf ihrer Webseite veröffentlichen. Eventuell ist eine Koordinierung mit den belgischen Medienregulierungsbehörden notwendig, um eine zentrale nationale Datenbank zum Medieneigentum zu erstellen.

**Artikel 13**

Gemäß Artikel 8 der Verordnung (EU) 2024/1083 wird das Europäische Gremium für Mediendienste eingerichtet und tritt an die Stelle der Gruppe europäischer Regulierungsstellen für audiovisuelle Mediendienste (ERGA). Demzufolge muss in Artikel 125 §2 Nummer 1 des Mediendekrets die ERGA durch das neue Europäische Gremium für Mediendienste ersetzt werden.

**Artikel 14**

Die bisherige Formulierung ist nicht präzise genug und lässt Interpretationsspielraum.
Da der Zusammenschluss der beiden Aktionäre Ethias und Proximus im Rahmen des Unternehmens Glasfaser Ostbelgien einer wettbewerbsrechtlichen Prüfung durch die Europäische Kommission unterzogen wurde, musste das Unternehmen Glasfaser Ostbelgien eine sogenannte Stand Still Periode einhalten. In dieser Periode (sprich im Laufe der erwähnten Prozedur und bis zu deren Abschluss) durfte das Unternehmen keine operativen Tätigkeiten gleichwelcher Art ausführen.

Die erwähnte Prozedur wurde erst im April 2023 abgeschlossen. Anschließend folgten Planungs- und Vorbereitungsarbeiten. Die ersten tatsächlichen baulichen Arbeiten konnten im Oktober 2023 auf einem Teilstück zwischen den Gemeinden Sankt Vith und Amel starten. Vor diesem Hintergrund wird das Datum für den Abschluss des Ausbaus des FTTH-Netzes präzise auf den 31. Oktober 2027 festgelegt, was in der Tat den erwähnten „vier Jahren nach Baubeginn" entspricht.

**Artikel 15**

Artikel 138 des Mediendekrets enthält die verwaltungsrechtlichen Sanktionen für die Nichteinhaltung von Titel 2 des Mediendekrets. Um Missverständnisse zu vermeiden, wird im Titel des Artikels verdeutlicht, dass es sich um Sanktionen für inhaltliche Aspekte handelt.

Um zu verdeutlichen, dass auch Sanktionen gegen Verletzungen der anwendbaren Bestimmungen der Verordnung (EU) 2024/1083 auferlegt werden können, wird ein Verweis auf die Verordnung in Artikel 138 Absatz 1 eingefügt.

Um zu verdeutlichen, welche Sanktionen auf Vermittlungsdienste im Sinne der Verordnung (EU) 2022/2065 anwendbar sind, werden durch vorliegenden Artikel drei neue Absätze eingefügt, um den Sanktionsbestimmungen der Verordnung (EU) 2022/2065 besser zu entsprechen.

Artikel 25 der Verordnung (EU) 2024/900 legt die Vorschriften über Sanktionen und Höchstsummen fest, die für Sponsoren oder Anbieter politischer Werbedienstleistungen bei Verstößen gegen die Artikel 5 bis 17, 20 und 21 der Verordnung erforderlich sind. Durch vorliegenden Artikel werden diese Bestimmungen in Absatz 6 des Artikels 138 des Mediendekrets anwendbar durch den Medienrat gemacht.

**Artikel 16**

Artikel 139 des Mediendekrets enthält die verwaltungsrechtlichen Sanktionen für die Nichteinhaltung von Titel 3 des Mediendekrets. Um Missverständnisse zu vermeiden, wird im Titel des Artikels verdeutlicht, dass es sich um Sanktionen für technische Aspekte handelt.

In Artikel 139 sind die relevanten Artikel der Verordnung (EU) 2024/1309 aufzunehmen, um Artikel 15 dieser Verordnung über Sanktionen durchzuführen, da deren Text nicht ausdrücklich in Titel 3 Kapitel 2 Abschnitt 2 aufgenommen wurde. Dies dient der Durchführung von Artikel 15 der Verordnung (EU) 2024/1309. Es wird in Artikel 112 des Mediendekretes zwar auf diese hingewiesen, dieser Artikel gehört jedoch zum Titel 4 und nicht zum Titel 3. Daher ist Artikel 139 aus Gründen der Kohärenz entsprechend anzupassen. Aufgrund der unterschiedlichen Adressatenkreise sollten diese Änderungen in einem neuen Absatz 2 von §1 eingefügt werden.

**Artikel 17 und 18**

Diese Artikel ändern das Dekret vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum (BRF) der Deutschsprachigen Gemeinschaft ab. Der BRF ist aktuell (und wohl auch in Zukunft) der (einzige) öffentlich-rechtliche Mediendiensteanbieter der Deutschsprachigen Gemeinschaft von audiovisuellen und auditiven Mediendienste, einschließlich Online-Plattformen, die Zugang zu audiovisuellen und auditiven Medieninhalten bieten.

Zur Durchführung der Artikel 5 (1) und 5(3) der Verordnung (EU) 2024/1083 wird der Artikel 1.9 des BRF-Dekrets über den Geschäftsführungsvertrag des BRF vervollständigt. Dieser Geschäftsführungsvertrag ist das herausragende Mittel, durch das die Deutschsprachige Gemeinschaft sicherstellt, dass das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft redaktionell und funktional unabhängig ist und seinem Publikum im Einklang mit seinem öffentlich-rechtlichen Auftrag, auf unparteiische Weise eine Vielzahl von Informationen und Meinungen bieten und führt so insbesondere Artikel 5 (1) der Verordnung (EU) 2024/1083 durch. Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft holt vor der Genehmigung eines neuen Geschäftsführungsvertrages ein vorhergehendes Gutachten beim Medienrat ein, in dem auch die Ausführung des vorherigen Geschäftsführungsvertrags evaluiert werden kann. Darüber hinaus kann der Medienrat auf Grundlage von Artikel 5 (4) der Verordnung (EU) 2024/1083 jederzeit die Ausführung des Geschäftsführungsvertrags evaluieren.

Der Geschäftsführungsvertrag legt ebenfalls die Verpflichtungen fest, die der BRF zu erfüllen hat, um seinen öffentlich-rechtlichen Auftrag auszuüben und die (finanziellen) Mittel, die dafür von der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Verfügung gestellt werden. In diesen Kontext wird Artikel 5(3) der Verordnung (EU) 2024/1083, der die Festlegung von Finanzierungsverfahren fordert, die sicherstellen, dass öffentlich-rechtliche Mediendiensteanbieter über angemessene, nachhaltige und vorhersehbare finanzielle Mittel verfügen, die der Erfüllung ihres öffentlich-rechtlichen Auftrags und ihrer Kapazität zur Entwicklung im Rahmen dieses Auftrags entsprechen, mittels Abänderungen des Artikels 1.9 bezüglich der Modalitäten der Festlegung der (finanziellen) Mittel und der Aushandlung des Geschäftsführungsvertrages des BRF, durchgeführt. Es wird insbesondere verdeutlicht, dass die Regierung die Geschäftsführungsverträge rein formell genehmigt und zu diesem Zeitpunkt keine Änderungen mehr einbringt, da der Inhalt des Geschäftsführungsvertrags bereits im Vorfeld zwischen den Parteien ausgehandelt worden ist.

Zum anderen werden gemäß Artikel 5 (2) Absatz 1 und 2 der Verordnung (EU) 2024/1083 in Artikel 27 des BRF-Dekrets transparente, objektiven nichtdiskriminierenden und verhältnismäßigen Kriterien für die Ernennung des Geschäftsführers des öffentlich-rechtlichen Rundfunks festgelegt. Außerdem wird das mit der Ausarbeitung einer Liste mit Rangfolge der Bewerber beauftragte Sachverständigenkollegium gestärkt.

**Artikel 19**

Dieser Artikel regelt das Inkrafttreten des vorliegenden Dekretvorentwurfes fest.

Der Minister für Kultur, Sport, Tourismus und Medien
GREGOR FRECHES

**VORENTWURF**

**Dekretvorentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und die Kinovorstellungen und des Dekrets vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

**Artikel 1 –** Artikel 1 des Dekrets vom 1. März 2021 über die Mediendienste und Kinovorstellungen, ersetzt durch das Dekret vom 14. Februar 2023 und abgeändert durch das Dekret vom 24. Februar 2025, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 Nummer 7 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt;

2. In Absatz 2 werden folgende Nummern 8 bis 10 eingefügt:

„8. Verordnung (EU) 2024/1309 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2024 über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Aufbaus von Gigabit-Netzen für die elektronische Kommunikation, zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/2120 und zur Aufhebung der Richtlinie 2014/61/EU (Gigabit-Infrastrukturverordnung);

9. Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz);

10. Verordnung (EU) 2024/900 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. März 2024 über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung.“

**Art. 2** – Artikel 3 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Nummer 4 wird das Wort „und“ am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt;

2. In §1 Nummer 5 wird der Punkt am Ende des Satzes durch das Wort „und“ ersetzt;

3. In §1 wird folgende Nummer 6 eingefügt:

„6. Presseveröffentlichungen.“

4. In §2 Nummer 3 wird zwischen die Wörter „E-Books“ und „oder“ das Wort „, Presseveröffentlichungen“ eingefügt.

5. Folgender §3.1 wird eingefügt:

„§3.1 - Anbieter von Presseveröffentlichungen gelten in folgenden Fällen als im deutschen Sprachgebiet niedergelassen:

1. der Anbieter einer Presseveröffentlichung hat seine Hauptverwaltung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und die redaktionellen Entscheidungen über die Presseveröffentlichung werden in der Deutschsprachigen Gemeinschaft getroffen;

2. der Anbieter einer Presseveröffentlichung hat seine Hauptverwaltung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die redaktionellen Entscheidungen über die Presseveröffentlichung werden jedoch in einer anderen Gemeinschaft oder einem anderen Mitgliedstaat getroffen, aber ein wesentlicher Teil des mit der Durchführung der inhaltbezogenen Tätigkeiten der Presseveröffentlichung betrauten Personals ist in der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätig.

Ist ein wesentlicher Teil des Personals des Anbieters einer Presseveröffentlichung, das mit der Ausübung der inhaltbezogenen Tätigkeiten betraut ist, sowohl in der Deutschsprachigen Gemeinschaft als auch in einer anderen Gemeinschaft oder in einem anderen Mitgliedstaat tätig, gilt der Anbieter einer Presseveröffentlichung als im deutschen Sprachgebiet niedergelassen, wenn seine Hauptverwaltung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist.

Ist ein wesentlicher Teil des Personals des Anbieters einer Presseveröffentlichung, das mit der Ausübung der inhaltbezogenen Tätigkeiten betraut ist, weder in der Deutschsprachigen Gemeinschaft noch in einer anderen Gemeinschaft oder in einem anderen Mitgliedstaat tätig, gilt der Anbieter einer

Presseveröffentlichung als im deutschen Sprachgebiet niedergelassen, wenn er zuerst mit seiner Tätigkeit nach Maßgabe des Rechts der Deutschsprachigen Gemeinschaft begonnen hat, sofern eine dauerhafte und tatsächliche Verbindung mit der Wirtschaft der Deutschsprachigen Gemeinschaft besteht;

3. der Anbieter einer Presseveröffentlichung hat seine Hauptverwaltung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die Entscheidungen über die Presseveröffentlichung werden jedoch in einem Drittland getroffen, oder umgekehrt, aber ein wesentlicher Teil des mit der Bereitstellung der Presseveröffentlichung betrauten Personals ist in der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätig."

**Art. 3** – Artikel 4 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. Februar 2025, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird die Wortfolge „und Produktplatzierung" durch die Wortfolge „, Produktplatzierung und politische Werbung gemäß der Verordnung (EU) 2024/900" ersetzt;

2. In Nummer 6 wird die Wortfolge „und Produktplatzierung" durch die Wortfolge

„, Produktplatzierung und politische Werbung gemäß der Verordnung (EU) 2024/900" ersetzt;

3. Zwischen die Nummern 20.1 und 21 wird folgende Nummer 20.2 eingefügt:

„20.2. Europäisches Gremium für Mediendienste (EBMS): das gemäß der Verordnung (EU) 2024/1083 eingesetzte Gremium, welches die durch die Richtlinie 2010/13/EU eingesetzte Gruppe europäischer Regulierungsstellen für audiovisuelle Mediendienste (ERGA) ersetzt;"

4. Zwischen die Nummern 43 und 44 wird folgende Nummer 43.1 eingefügt:

„43.1. öffentlich-rechtlicher Mediendiensteanbieter: ein Anbieter eines audiovisuellen oder auditiven Mediendienstes im Sinne von Nummer 4 und 5 sowie Nummer 7 und 8, oder ein Anbieter einer Presseveröffentlichung im Sinne von Nummer 44.1, der mit einem öffentlich-rechtlichem Auftrag betraut ist und der für die Erfüllung dieses Auftrages nationale öffentliche Mittel erhält;"

5. Zwischen die Nummern 44 und 45 wird folgende Nummer 44.1 eingefügt:

„44.1. Presseveröffentlichung: eine Presseveröffentlichung im Sinne des Artikels 2 Nummer 5 der Verordnung (EU) 2024/1083;"

6. Zwischen die Nummern 61.3 und 62 werden folgende Nummern 61.4 bis 61.6 eingefügt:

„61.4 Verordnung (EU) 2024/1309: Verordnung (EU) 2024/1309 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2024 über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Aufbaus von Gigabit-Netzen für die elektronische Kommunikation, zur Änderung der Verordnung (EU) 2015/2120 und zur Aufhebung der Richtlinie 2014/61/EU (Gigabit-Infrastrukturverordnung);

61.5. Verordnung (EU) 2024/1689: Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 300/2008, (EU) Nr. 167/2013, (EU) Nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 und (EU) 2019/2144 sowie der Richtlinien 2014/90/EU, (EU) 2016/797 und (EU) 2020/1828 (Verordnung über künstliche Intelligenz);

61.6. Verordnung (EU) 2024/900: Verordnung (EU) 2024/900 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. März 2024 über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung;"

7. In Nummer 70 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt;

8. Folgende Nummer 71 wird eingefügt:

„71. Zusammenschluss auf dem Medienmarkt: ein Zusammenschluss im Sinne von Artikel 2 Nummer 15 der Verordnung (EU) 2024/1083, insofern mindestens ein Anbieter eines wirtschaftlichen Mediendienstes im Sinne von Nummer 35, einschließlich einer Online-Plattform im Sinne von Artikel 2 Nummer 9 der Verordnung (EU) 2024/1083, die Zugang zu audiovisuellen oder auditiven Medieninhalten bietet, oder ein Anbieter einer Presseveröffentlichung im Sinne von Nummer 44.1. beteiligt ist."

**Art. 4 –** Artikel 8 §1 Absatz 2 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 8 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt;

2. Folgende Nummern 9 bis 10 werden eingefügt:

„9. den/die Name(n) des/der direkten oder indirekten Eigentümer(s) mit Beteiligungen, die es

ihm/ihnen ermöglichen, Einfluss auf die Geschäftstätigkeit und die strategische Entscheidungsfindung auszuüben, einschließlich direkten oder indirekten Eigentums eines Staates oder einer Behörde oder öffentlichen Stelle;

10. den/die Name(n) seines/seiner „wirtschaftlichen Eigentümer(s)“ im Sinne des Artikels 3 Nummer 6 der Richtlinie (EU) 2015/849.“

**Art. 5** – Artikel 9 §1 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 2 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt;

2. Folgende Nummer 3 wird eingefügt:

„3. den ihnen zugewiesenen jährlichen Gesamtbetrag staatlicher Mittel für staatliche Werbung und den jährlichen Gesamtbetrag ihrer von Behörden oder öffentlichen Stellen von Drittländern stammenden Werbeeinnahmen.“

**Art. 6 –** Artikel 13 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 5 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt;

2. Folgende Nummer 6 wird eingefügt:

„6. Kommerzielle Kommunikation, die aus politischer Werbung besteht, muss den Bestimmungen der Verordnung (EU) 2024/900 entsprechen.“

**Art. 7 –** In Artikel 34 desselben Dekrets wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„Auditive kommerzielle Kommunikation, die aus politischer Werbung besteht, muss den Bestimmungen der Verordnung (EU) 2024/900 entsprechen. “

**Art. 8 –** In Artikel 74 Absatz 1 desselben Dekrets wird zwischen dem Wort „Kapitel“ und dem Wort “festgelegt” die Wortfolge „sowie insbesondere in den Artikeln 3 (1) und (3) und 11 der Verordnung (EU) 2024/1309 “ eingefügt.

**Art. 9 –** Artikel 103 §1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 Nummer 1 wird die Wortfolge „in Artikel 73 §9 genannten“ gestrichen;

2. In Absatz 1 wird Nummer 6 wie folgt ersetzt:

„6. mit dem gemäß Artikel 8 der Verordnung (EU) 2024/1083 eingesetzten Europäischen Gremium für Mediendienste, in dem er sich mit den zuständigen belgischen Regulierungsbehörden koordiniert;“

3. In Absatz 1 Nummer 10 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt;

4. In Absatz 1 werden folgende Nummern 11 bis 14 eingefügt:

„11. mit ersuchten und ersuchenden Behörden gemäß Artikel 14 der Verordnung (EU) 2024/1083;

12. mit den zuständigen Behörden, die vom Föderalstaat und/oder von den Gemeinschaften und den anderen Mitgliedstaaten aufgrund der Verordnung (EU) 2024/1083 bestimmt wurden;

13. mit den zuständigen Behörden, die vom Föderalstaat und/oder von den Gemeinschaften und den anderen Mitgliedstaaten aufgrund von Artikel 22 der Verordnung (EU) 2024/900 bestimmt wurden;

14. mit den anderen zuständigen Behörden und der Marktüberwachungsbehörde gemäß Artikel 73 (7), 79 (2) und 82 (1) der Verordnung (EU) 2024/1689.“

5. In Absatz 2 wird die Wortfolge „anderen Regulierungsbehörden und Wettbewerbsbehörden aus“ durch die Wortfolge „in Absatz 1 genannten Stellen und Behörden aus, die zur Zusammenarbeit notwendig sind“ ersetzt.

**Art. 10 –** Artikel 112 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. Februar 2025, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 wird im einleitenden Satz die Wortfolge „gemäß diesem Dekret“ durch die Wortfolge „gemäß diesem Dekret, dem Dekret vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk und

Fersensehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder einer EU-Verordnung“ ersetzt;

2. In §1 Nummer 1 wird zwischen die Wortfolgen „der audiovisuellen und auditiven Mediendiensteanbieter“ und „und Video-Sharing-Plattform-Anbieter“ die Wortfolge „, Anbieter von Presseveröffentlichungen“ eingefügt und die Wortfolge „gemäß Artikel 3 §§2 und 3“ wird durch die Wortfolge „gemäß Artikel 3 §§2, 3 und 3.1“ ersetzt;

3. In §1 Nummer 10 wird zwischen die Wortfolge „gemäß Artikel 32“ und das Semikolon die Wortfolge „und die Anordnung zum Ergreifen von erforderlichen und verhältnismäßigen Maßnahmen in Bezug auf Video-Sharing-Plattform-Anbietern gemäß Artikel 15 der Verordnung (EU) 2024/1083“ eingefügt;

4. In §1 Nummer 29 wird die Wortfolge „Verlangen von Auskünften gemäß Artikel 115“ durch die Wortfolge „Verlangen von Auskünften und Kontrolle der Einhaltung von Berichts- und Informationspflichten gemäß Artikel 115“ ersetzt;

5. In §1 Nummer 40 wird nach der Wortfolge „gemäß Artikel 1.8 desselben Dekrets“ die Wortfolge „sowie die Abgabe von Gutachten zum Geschäftsführungsvertrag des BRF gemäß Artikel 1.9 desselben Dekrets und Artikel 5 (1) und (3) der Verordnung (EU) 2024/1083“ eingefügt;

6. In §1 Nummer 41 wird der Endpunkt durch ein Semikolon ersetzt;

7. In §1 werden folgende Nummern 42 bis 45 eingefügt:

„42. das Beobachten der Einhaltung der Bestimmungen für öffentlich-rechtliche Mediendiensteanbieter gemäß Artikel 5 (4) der Verordnung (EU) 2024/1083 und das Veröffentlichen der Ergebnisse dieser Beobachtung auf der Website des Medienrates;

43. die Entwicklung einer Datenbank zum Medieneigentum gemäß Artikel 6 (2) der Verordnung (EU) 2024/1083 und Artikel 115 §2 dieses Dekretes;

44. das Bewerten von Zusammenschlüssen auf dem Medienmarkt, die sich erheblich auf den Medienpluralismus und redaktionelle Unabhängigkeit auswirken könnten, gemäß den Kriterien des Artikels 22 (2) der Verordnung (EU) 2024/1083 beziehungsweise sich maßgeblich in die Bewertung einbringen.;

45. das Ermutigen der Ausarbeitung von Verhaltenskodizes für Publikumsmesssysteme gemäß Artikel 24 (3) der Verordnung (EU) 2024/1083 in Zusammenarbeit mit den belgischen Regulierungsbehörden.“

8. §3 Absatz 2 wird wie folgt ersetzt:

„Im Rahmen seiner Zuständigkeiten ist der Medienrat ebenfalls eine zuständige Behörde der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Verordnung (EU) 2022/1925.“

9. In §3 werden folgende Absätze 3 bis 6 eingefügt:

„Im Rahmen seiner Zuständigkeiten ist der Medienrat ebenfalls eine zuständige Behörde der Deutschsprachigen Gemeinschaft gemäß Artikel 22 (3) und (4) der Verordnung (EU) 2024/900.

Der Medienrat ist die zuständige nationale Regulierungsbehörde der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Durchsetzung der Verordnung (EU) 2024/1083, wobei die näheren Modalitäten der Durchführung der Aufgaben des Medienrates durch die Regierung und/oder ein Zusammenarbeitsabkommen zur teilweisen Durchführung der Verordnung (EU) 2024/1083 gemäß Artikel 92bis §1 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen in Verbindung mit Artikel 55bis des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft festgelegt werden.

Im Rahmen seiner Zuständigkeiten ist der Medienrat ebenfalls eine zuständige Behörde der Deutschsprachigen Gemeinschaft für die Verordnung (EU) 2024/1309, insbesondere insoweit es die Artikel 3 (1), (3), 11, 13 (1) und 14 der Verordnung (EU) 2024/1309 betrifft.

Der Medienrat ist die zuständige Behörde der Deutschsprachigen Gemeinschaft für den Schutz der Grundrechte im Sinne von Artikel 77 der Verordnung (EU) 2024/1689.“

**Art. 11** – In Artikel 114 §1 Absatz 1 desselben Dekrets wird zwischen dem Wort „Verpflichtungen“ und der Wortfolge “, kann der Medienrat” die Wortfolge „oder aus der Verordnung (EU) 2024/1309, insbesondere insoweit es die Artikel 3 (1), (3), 11, 13 (1) und 14 der Verordnung (EU) 2024/1309 betrifft“ eingefügt.

**Art. 12 –** Artikel 115 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. die Überschrift wird wie folgt ersetzt:

„Art. 115 -Auskunftsverlangen sowie Berichts- und Informationspflichten“

2. die Absätze 1 bis 4 werden zu §1;

3. In §1 Absatz 1 Nummer 11 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt;

4. In §1 Absatz 1 wird folgende Nummer 12 wird eingefügt:

„12. die Durchsetzung der Verordnungen (EU) 2022/2065, (EU) 2024/1083, (EU) 2024/1309, (EU) 2024/900 und (EU) 2024/1689 zu beaufsichtigen.“

5. folgender §2 wird eingefügt:

„§2 - Gemäß Artikel 6 (2) der Verordnung 2024/1083 machen die Anbieter von audiovisuellen und auditiven Mediendiensten, die Anbieter von Online-Plattformen die Zugang zu auditiven und audiovisuellen Mediendienste bieten sowie die Anbieter von Presseveröffentlichungen den Empfängern ihrer Dienste und dem Medienrat auf dessen Verlangen hin folgende aktuelle Informationen leicht und direkt zugänglich:

1. ihre(n) eingetragenen Namen und ihre Kontaktdaten;

2. den/die Name(n) des/der direkten oder indirekten Eigentümer(s) mit Beteiligungen, die es ihm/ihnen ermöglichen, Einfluss auf die Geschäftstätigkeit und die strategische Entscheidungsfindung auszuüben, einschließlich direkten oder indirekten Eigentums eines Staates oder einer Behörde oder öffentlichen Stelle;

3. den/die Name(n) ihrer/ihres „wirtschaftlichen Eigentümer(s)“ im Sinne des Artikels 3 Nummer 6 der Richtlinie (EU) 2015/849;

4. den ihnen zugewiesenen jährlichen Gesamtbetrag staatlicher Mittel für staatliche Werbung und den jährlichen Gesamtbetrag ihrer von Behörden oder öffentlichen Stellen von Drittländern stammenden Werbeeinnahmen.

Gemäß Artikel 6 (2) der Verordnung 2024/1083 pflegt der Medienrat diese Informationen in die Datenbank zum Medieneigentum ein.“

**Art. 13 –** In Artikel 125 §2 Absatz 1 desselben Dekrets wird die Wortfolge „der ERGA“ durch die Wortfolge „des Europäischen Gremiums für Mediendienste (EBMS)“ ersetzt.

**Art. 14 -** In Artikel 137.3 §1 Absatz 2 Nummer 5 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 15. Dezember 2022, wird zwischen die Wortfolge “abgeschlossen sein” und dem Endpunkt die Wortfolge “, das bedeutet am 31. Oktober 2027” eingefügt.

**Art. 15 –** Artikel 138 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 14. Dezember 2023 und vom 24. Februar 2025, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird die Wortfolge “von Titel 2” durch die Wortfolge “für inhaltliche Aspekte” ersetzt;

2. In Absatz 1 wird die Wortfolge „, oder bei Verletzungen durch die Anbieter von Vermittlungsdiensten der anwendbaren Bestimmungen der Verordnung (EU) 2022/2065 sowie der vom Medienrat zur Durchführung von Artikel 112 §3 Absatz 1 angenommenen Maßnahmen“ durch die Wortfolge „oder bei Verletzungen der anwendbaren Bestimmungen der Verordnung (EU) 2024/1083, “ ersetzt;

3. Folgende Absätze 3 bis 6 werden eingefügt:

„Bei Verletzungen durch Anbieter der anwendbaren Bestimmungen der Verordnung (EU)

2022/2065 kann der Medienrat ein Bußgeld von bis zu 6 % des weltweiten Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten im vorangegangenen Geschäftsjahr verhängen.

Der Höchstbetrag der Geldbußen, die bei Bereitstellung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen, beim Versäumnis einer Antwort oder der Berichtigung unrichtiger, unvollständiger oder irreführender Informationen sowie bei der Nichtduldung einer Nachprüfung verhängt werden können, beträgt gemäß Artikel 52 (3) der Verordnung (EU) 2022/2065 1 % des weltweiten Jahresumsatzes des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten oder der betreffenden Person im vorangegangenen Geschäftsjahr.

Der Höchstbetrag für ein Zwangsgeld beträgt 5 % des durchschnittlichen weltweiten Tagesumsatzes oder der durchschnittlichen weltweiten Tageseinnahmen des betreffenden Anbieters von Vermittlungsdiensten im vorangegangenen Geschäftsjahr, berechnet ab dem in dem betreffenden Beschluss genannten Datum.

Wer kommerzielle Kommunikation in Form von politischer Werbung ausstrahlt, oder diesbezüglich als Sponsor tätig wird, die gegen die Bestimmungen der Verordnung (EU) 2024/900 verstößt, wird vom Medienrat mit Sanktionen belegt, die den in Artikel 25 der Verordnung (EU) 2024/900 festgelegten Rahmen nicht überschreiten."

**Art. 16 –** Artikel 139 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 14. Dezember 2023, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird die Wortfolge „von Titel 3" durch die Wortfolge „für technische Aspekte" ersetzt;

2. In §1 wird ein neuer Absatz 2 eingefügt:

„Bei Verstößen gegen die Artikel 3, 11 und 13 der Verordnung (EU) 2024/1309 sowie bei Verstößen gegen rechtsverbindliche Entscheidungen der nationalen belgischen Streitbeilegungsstelle nach Artikel 14 der Verordnung (EU) 2024/1309 kann der Medienrat den betroffenen Netzbetreibern und Einrichtungen des öffentlichen Rechts die in Absatz 1 vorgesehenen Sanktionen auferlegen."

**Art. 17 –** Artikel 1.9 des Dekrets vom 27. Juni 1986 über das Belgische Rundfunk- und Fernsehzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft, eingefügt durch das Dekret vom 16. Oktober 1995 und abgeändert durch die Dekrete vom 3. Februar 2003 und vom 14. Februar 2011, wird wie folgt abgeändert:

1. In §1 Absatz 2 wird nach der Wortfolge "zur Verfügung gestellten Mittel." die Wortfolge „Dieser Vertrag legt außerdem die Kriterien auf deren Grundlage diese Mittel festgelegt werden, fest." eingefügt;

2. In §1 Absatz 3 wird nach der Wortfolge „zur Genehmigung vorzulegen" die Wortfolge „Zu diesem Zweck holt das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein vorhergehendes Gutachten beim Medienrat ein." eingefügt;

3. In §3 wird das Wort „verabschiedet" durch das Wort „genehmigt" ersetzt;

4. In §4 wird zwischen die Wortfolgen „Vertrages wird jährlich" und „begutachtet und" die Wortfolge „durch einen Begleitausschuss, dem Vertreter der Deutschsprachigen Gemeinschaft und des Zentrums angehören," eingefügt;

**Art. 18 -** In Artikel 27 §2 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 16. Oktober 1995 und abgeändert durch das Dekret vom 16. Juni 2008, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 wird der erste Satz wie folgt ersetzt:

„Die Regierung setzt nach Gutachten des Rates ein unabhängiges Sachverständigenkollegium ein, das aus mindestens drei und höchsten fünf Personen besteht, die aufgrund ihrer Verdienste, Kompetenzen, Kenntnisse und relevanten Berufserfahrung ausgewählt werden.

2. Zwischen Absatz 3 und Absatz 4, der zu Absatz 5 wird, wird folgender Absatz eingefügt:

„Bei der Klassierung berücksichtigt das Sachverständigenkollegium mindestens die folgenden Kriterien:

1. Erfahrung und Qualifikation;
2. Managementqualitäten;
3. Kenntnis des Sektors und der rechtlichen Rahmenbedingungen;
4. Unabhängigkeit und Integrität;
5. Kommunikationsfähigkeit und sozialen Kompetenzen;
6. Motivation.“

**Art. 19** – Vorliegendes Dekret tritt am Tag seiner Verabschiedung in Kraft.

Eupen, den …

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden, Raumordnung und Finanzen
O. PAASCH

Der Minister für Kultur, Sport, Tourismus und Medien
G. FRECHES

Gregor Freches

Digital unterschrieben von Gregor Freches
Datum: 2026.02.10 10:45:26 +01'00'

## Entsprechungstabelle

| Vorliegendes Dekret | Verordnung (EU) 2024/1083 | Verordnung (EU) 2024/1309 | Verordnung (EU) 2024/1689 | Verordnung (EU) 2024/900 |
|---|---|---|---|---|
| Artikel 1 | - | - | - | - |
| Artikel 2 Nr. 1 | - | - | - | Artikel 3 Nr. 2 |
| Artikel 2 Nr. 2 | - | - | - | Artikel 3 Nr. 2 |
| Artikel 2 Nr. 3 | Artikel 8 | - | - | - |
| Artikel 2 Nr. 4 | - | - | - | - |
| Artikel 2 Nr. 5 | - | - | - | - |
| Artikel 2 Nr. 6 | - | - | - | - |
| Artikel 2 Nr. 7 | Artikel 2 Nr. 15 | - | - | - |
| Artikel 3 | Artikel 6 (1) | - | - | - |
| Artikel 4 | Artikel 6 (1) d) | - | - | - |
| Artikel 5 | Artikel 2 Nr. 15 | - | - | - |
| Artikel 6 | - | - | - | Artikel 5-12 |
| Artikel 7 | - | - | - | Artikel 5-12 |
| Artikel 8 | - | Artikel 3 (1), 3 (3), 11 | - | - |
| Artikel 9 Nr. 1 | - | - | - | - |
| Artikel 9 Nr. 2 | Artikel 8 | - | - | - |
| Artikel 9 Nr. 3 | Artikel 14 | - | Artikel 73 (7), 79 (2), 82 (1) | Artikel 22 (7) + (9) |
| Artikel 9 Nr. 4 | - | - | - | - |
| Artikel 10 Nr. 1 | Artikel 6 (2) | - | - | - |
| Artikel 10 Nr. 2 | Artikel 15 | - | - | - |
| Artikel 10 Nr. 4 | Artikel 5 (4), 22, 24 (3) | - | - | - |
| Artikel 10 Nr. 5 | - | - | - | - |
| Artikel 10 Nr. 6 | Artikel 7 | Artikel 14 | Artikel 77 | Artikel 22 (3) und (4) |
| Artikel 11 | - | Artikel 14 | - | - |
| Artikel 12 Nr. 5 | Artikel 6 (1) und (2) und Artikel 22 (1) b) | - | - | - |
| Artikel 13 | Artikel 8 | - | - | - |
| Artikel 14 | - | - | - | - |
| Artikel 15 | - | - | - | Artikel 25 |
| Artikel 16 Nr. 1 | - | - | - | - |
| Artikel 16 Nr. 2 | - | Artikel 15 | - | - |
| Artikel 17 | Artikel 5 (1) und (3) | - | - | - |
| Artikel 18 | Artikel 5 (2) und (4) | - | - | - |
| Artikel 19 | - | - | - | - |

**GUTACHTEN DES BEIRATS FÜR MEDIENDIENSTE**

**GUTACHTEN DER DATENSCHUTZBEHÖRDE**

**REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de Minister van Media;

Na beraadslaging,

Besluit:

De minister bevoegd voor Media is ermee belast het ontwerp van decreet waarvan de tekst hierna volgt, aan het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap voor te leggen:

**VOORONTWERP VAN DECREET TOT WIJZIGING VAN HET DECREET VAN 1 MAART 2021 BETREFFENDE DE MEDIADIENSTEN EN DE FILMVOORSTELLINGEN EN HET DECREET VAN 27 JUNI 1986 BETREFFENDE HET BELGISCH RADIO- EN TELEVISIECENTRUM VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**INHOUD**

Dit voorontwerp van decreet tot wijziging van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen en het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap voorziet in de toepassing van de volgende verordeningen:

- Verordening (EU) 2024/1083 van het Europees Parlement en de Raad van 11 april 2024 tot vaststelling van een gemeenschappelijk kader voor mediadiensten op de interne markt en tot wijziging van Richtlijn 2010/13/EU (Europese verordening mediavrijheid);
- Verordening (EU) 2024/1309 van het Europees Parlement en de Raad van 29 april 2024 inzake maatregelen om de kosten van de uitrol van elektronischecommunicatienetwerken met gigabitsnelheden te verlagen, tot wijziging van Verordening (EU) 2015/2120 en tot intrekking van Richtlijn 2014/61/EU (gigabitinfrastructuurverordening);
- Verordening (EU) 2024/1689 van het Europees Parlement en de Raad van 13 juni 2024 tot vaststelling van geharmoniseerde regels betreffende artificiële intelligentie en tot wijziging van de Verordeningen (EG) nr. 300/2008, (EU) nr. 167/2013, (EU) nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 en (EU) 2019/2144, en de Richtlijnen 2014/90/EU, (EU) 2016/797 en (EU) 2020/1828 (verordening artificiële intelligentie);
- Verordening (EU) 2024/900 van het Europees Parlement en de Raad van 13 maart 2024 betreffende transparantie en gerichte politieke reclame.

**INHOUDSOPGAVE**

Pagina

**Memorie van toelichting** ..... 4

Algemene toelichtingen ..... 4

Opmerkingen bij het advies van de Adviesraad voor de mediadiensten..... 8

Opmerkingen bij het advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit..... 9

Bespreking van de artikelen ..... 9

**Voorontwerp**..... 19

Concordantietabel..... 27

**Advies van de Adviesraad voor de mediadiensten**..... 28

**Advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit**..... 29

**MEMORIE VAN TOELICHTING**

ALGEMENE TOELICHTINGEN

A. EUROPESE CONTEXT

Op 20 maart 2024 werd Verordening (EU) 2024/900 van het Europees Parlement en de Raad van 13 maart 2024 betreffende transparantie en gerichte politieke reclame gepubliceerd in het Publicatieblad van de Europese Unie. Deze verordening is van toepassing met ingang van 10 oktober 2025. Ze heeft onder andere tot doel:

- ervoor te zorgen dat politieke reclameboodschappen duidelijk als dusdanig gelabeld worden en onder andere informatie bevatten over wie hoeveel daarvoor betaald heeft, met welke verkiezing, welk referendum of welk regelgevingsproces ze verband houden en of technieken voor gerichte reclame werden gebruikt;
- profilering en targeting met behulp van gevoelige gegevens te verbieden;
- de burgers in staat te stellen boodschappen te herkennen die er bewust op gericht zijn hun politieke visies en beslissingen te beïnvloeden.

Op 17 april 2024 werd Verordening (EU) 2024/1083 van het Europees Parlement en de Raad van 11 april 2024 tot vaststelling van een gemeenschappelijk kader voor mediadiensten op de interne markt en tot wijziging van Richtlijn 2010/13/EU (Europese verordening mediavrijheid) gepubliceerd in het Publicatieblad van de Europese Unie. Deze verordening is van toepassing met ingang van 8 augustus 2025. De verordening heeft onder andere tot doel de onafhankelijkheid van de media te waarborgen en de pluriformiteit van de media te bevorderen. Ze bevat een reeks nieuwe verplichtingen inzake alle mediadiensten voor een brede waaier van actoren, waaronder lidstaten, aanbieders van mediadiensten, zeer grote onlineplatforms en fabrikanten van apparatuur. Concreet streeft de Europese verordening mediavrijheid de volgende belangrijke beginselen na:

- redactievrijheid en bescherming van het journalistieke brongeheim;
- gegarandeerde onafhankelijkheid van de openbare media;
- transparantieverplichtingen voor aanbieders van mediadiensten;
- kader voor samenwerking op het gebied van regulering en convergentie;
- oprichting van de Europese Raad voor mediadiensten als rechtsopvolger van de ERGA (Europese Groep van regulerende instanties voor audiovisuele mediadiensten);
- verplichtingen voor zeer grote onlineplatforms;
- recht op aanpassing van het audiovisuele media-aanbod;
- vereisten voor nationale maatregelen en procedures voor de mediamarkt;
- regels voor de publieksmeting;
- regels voor de gunning van uitgaven voor overheidsreclame.

Op 8 mei 2024 werd Verordening (EU) 2024/1309 van het Europees Parlement en de Raad van 29 april 2024 inzake maatregelen om de kosten van de uitrol van elektronischecommunicatienetwerken met gigabitsnelheden te verlagen, tot wijziging van Verordening (EU) 2015/2120 en tot intrekking van Richtlijn 2014/61/EU (gigabitinfrastructuurverordening) gepubliceerd in het Publicatieblad van de Europese Unie. Deze verordening is van toepassing met ingang van 12 november 2025. Ze voert verscheidene maatregelen in om de uitrol van netwerken te stroomlijnen:

- gezamenlijk gebruik van infrastructuur: bevordering van het gezamenlijke gebruik van kanalen en masten voor de uitrol van netwerken met zeer hoge capaciteit, om de middelen te optimaliseren en de kosten te verlagen;
- coördinatie van civiele werken – stelt telecommunicatie-exploitanten in staat samen te werken met projecten voor openbare werken, om meteen ook glasvezelkabel te leggen, teneinde storingen te verminderen en de uitrol van breedbandnetwerken te versnellen;

- stroomlijning van administratieve procedures: vereenvoudiging van administratieve procedures met betrekking tot de uitrol van netwerken in de hele EU, om bureaucratische belemmeringen weg te werken en de efficiëntie te verbeteren;
- gebouwen uitrusten met hogesnelheidsinfrastructuur: bevordering van de installatie van hogesnelheidsinfrastructuur in gebouwen en waarborging van de toegang daartoe, om de uitrol en het gebruik van breedbandnetwerken te vergemakkelijken.

Overeenkomstig de verordening hebben bijvoorbeeld exploitanten van elektronischecommunicatienetwerken recht op toegang tot de bestaande fysieke infrastructuur (masten, leidingen, daken, verkeerslichten enz.) van netwerkexploitanten (stroom, gas, riolering, verkeer) en 'overheidsinstanties' (scholen, ziekenhuizen enz.).

Op 12 juli 2024 werd Verordening (EU) 2024/1689 van het Europees Parlement en de Raad van 13 juni 2024 tot vaststelling van geharmoniseerde regels betreffende artificiële intelligentie en tot wijziging van de Verordeningen (EG) nr. 300/2008, (EU) nr. 167/2013, (EU) nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 en (EU) 2019/2144, en de Richtlijnen 2014/90/EU, (EU) 2016/797 en (EU) 2020/1828 (verordening artificiële intelligentie) gepubliceerd in het Publicatieblad van de Europese Unie. Deze verordening wordt van toepassing met ingang van 2 augustus 2026. Ze bevat risicogebaseerde regels voor ontwikkelaars of aanbieders van AI met betrekking tot specifieke toepassingen van AI:

1° een onaanvaardbaar risico, bijvoorbeeld social scoring, wordt verboden;

2° een hoog risico, bijvoorbeeld AI voor het evalueren en classificeren van noodoproepen, AI voor het beoordelen van de kredietwaardigheid, AI voor het beoordelen van tests enz.:

- controle van de conformiteit voordat het systeem op de markt komt (datakwaliteit, transparantie, cyberveiligheid, menselijke controle enz.);
- invoering van systemen voor kwaliteits- en risicobeheer;
- registratie in een openbare EU-databank wanneer AI gebruikt wordt door openbare overheden;

3° een minimaal risico: vrij te gebruiken, maar met inachtneming van gedragscodes.

Voor bepaalde AI-systemen gelden bovendien bijzondere transparantievereisten, bijvoorbeeld wanneer er een duidelijk manipulatierisico bestaat (bijvoorbeeld door gebruik van chatbots/deepfakes). De gebruikers moeten beseffen dat ze te maken hebben met een machine.

Aangezien alle hierboven genoemde verordeningen geheel of gedeeltelijk onder de bevoegdheid van de Duitstalige Gemeenschap vallen, moet het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen aan die verordeningen aangepast worden.

B. BEVOEGDHEDEN VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

De Grondwet bepaalt dat de gemeenschappen bevoegd zijn voor 'culturele aangelegenheden'. Die aangelegenheden worden voor de Franse Gemeenschap en de Vlaamse Gemeenschap nader opgesomd in de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen (hierna: bijzondere wet). In artikel 4, 6°, van die bijzondere wet worden in dit verband "de inhoudelijke en technische aspecten van de audiovisuele en de auditieve mediadiensten met uitzondering van het uitzenden van mededelingen van de federale regering" genoemd (vroeger stond er "de radio-omroep en de televisie"). In het kader van de Belgische bevoegdheidsverdeling worden audio- en videoplatforms – zijnde voorbeelden van onlineplatforms – die toegang tot media-inhoud bieden in de zin van artikel 2, punt 9 en 15, van Verordening (EU) 2024/1083, beschouwd als toepassing van auditieve en audiovisuele mediadiensten. Overeenkomstig artikel 4, 1°, van de bijzondere wet zijn de gemeenschappen in het kader van "de bescherming en de luister van de taal" ook bevoegd voor perspublicaties in de zin van artikel 2, punt 5, van Verordening 2024/1083, om de pluriformiteit, mediavrijheid en redactionele onafhankelijkheid te waarborgen. Voor de Duitstalige Gemeenschap

bevat de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap geen eigen lijst van culturele aangelegenheden, maar artikel 4, § 1, van die wet verwijst uitdrukkelijk naar artikel 4 van de bijzondere wet van 8 augustus 1980.

Verordening (EU) 2024/900 van het Europees Parlement en de Raad van 13 maart 2024 betreffende transparantie en gerichte politieke reclame voorziet in artikel 22 in de aanwijzing van verscheidene bevoegde autoriteiten.

Overeenkomstig artikel 22, lid 3, van de verordening wijzen de lidstaten bevoegde autoriteiten aan voor het toezicht op de naleving door aanbieders van tussenhandeldiensten in de zin van Verordening (EU) 2022/2065, van de verplichtingen van de artikelen 7 tot en met 17 en artikel 21 van de verordening. De verordening bepaalt dat het kan gaan om dezelfde autoriteiten als die van Verordening (EU) 2022/2065. De Mediaraad werd bij het programmadecreet van 14 december 2023 aangewezen als bevoegde autoriteit overeenkomstig Verordening (EU) 2022/2065 en is overeenkomstig het advies van de Raad van State nr. 73.934/3 van 26 september 2023 bevoegd voor het toezicht op tussenhandeldiensten die bewegende beelden of geluid doorgeven die bestemd zijn voor het publiek in het algemeen, of aan een deel ervan, en geen vertrouwelijk karakter hebben. Tussenhandeldiensten kunnen bijgevolg aangezien worden als audiovisuele en auditieve mediadiensten in de zin van artikel 4, 6°, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen en dus onder de bevoegdheid van de gemeenschappen vallen.

Overeenkomstig artikel 22, lid 4, van de verordening wijzen de lidstaten ook een of meer bevoegde autoriteiten aan die verantwoordelijk zijn voor de toepassing en handhaving van de aspecten van de verordening die niet in de leden 1 en 3 van dat artikel genoemd worden. De verordening bepaalt dat het kan gaan om dezelfde autoriteiten als die van Richtlijn 2010/13/EU. Overeenkomstig het advies van de Raad van State nr. 68.213/3 van 16 december 2020 is de Mediaraad bevoegd voor de handhaving van Richtlijn 2010/13/EU en het toezicht op de audiovisuele en auditieve mediadiensten en de videoplatformdiensten. Dat betekent dat de Mediaraad al een bevoegde autoriteit is overeenkomstig Richtlijn 2010/13/EU.

Verordening (EU) 2024/1083 van het Europees Parlement en de Raad van 11 april 2024 tot vaststelling van een gemeenschappelijk kader voor mediadiensten op de interne markt en tot wijziging van Richtlijn 2010/13/EU (Europese verordening mediavrijheid) definieert mediadienst als "een dienst zoals gedefinieerd in de artikelen 56 en 57 VWEU, waarbij het hoofddoel van de dienst of een losstaand gedeelte daarvan bestaat in het op enigerlei wijze ter informatie, vermaak of educatie leveren van programma's of perspublicaties aan het grote publiek onder de redactionele verantwoordelijkheid van een aanbieder van mediadiensten". In de zin van Verordening (EU) 2024/1083 gaat het daarbij dus niet alleen om auditieve of audiovisuele mediadiensten (met uitzondering van de auditieve en audiovisuele onlineplatforms), waarvoor de Duitstalige Gemeenschap overeenkomstig de bijzondere wet uitdrukkelijk bevoegd is, maar ook om perspublicaties.
Op grond van hun bevoegdheid voor de bescherming en de luister van de taal in de zin van artikel 4, 1°, van de bijzondere wet beschikken de gemeenschappen weliswaar niet over een algemene regelingsbevoegdheid voor de schriftelijke pers en de perspublicaties als onderdeel daarvan op zich, maar het is wel aan hen om, met het oog op de bescherming en de luister van de taal, de pluriformiteit en redactionele onafhankelijkheid bij perspublicaties te waarborgen. Daartoe kunnen de gemeenschappen uitvoeringsbepalingen voor Verordening (EU) 2024/1083 vaststellen die niet alleen betrekking hebben op audiovisuele en auditieve mediadiensten – met inbegrip van onlineplatforms – die toegang tot media-inhoud bieden, maar ook op perspublicaties. Luidens artikel 1 van Verordening (EU) 2024/1083 bestaat het essentieel doel van de Verordening erin de pluriformiteit en redactionele onafhankelijkheid bij mediadiensten, die de perspublicaties omvatten, te waarborgen.

Hun bevoegdheid voor "de bescherming en de luister van de taal" stelt de gemeenschappen dus in staat om perspublicaties te reguleren met het oog op het waarborgen en uitbouwen van de

pluriformiteit en redactionele onafhankelijkheid, aangezien pluriformiteit en redactionele onafhankelijkheid (onder meer bij perspublicaties) ideale instrumenten zijn voor de bescherming en de luister van de taal. Vooral in tijden waarin communicatie zich alsmaar meer tot vereenvoudigde taalkundige uitdrukkingsvormen beperkt, is een pluriforme media die de burgers en de ondernemingen toegang biedt tot een verscheidenheid aan meningen en informatiebronnen, ook een middel voor de bescherming en de luister van de taal. Pluriformiteit betekent ook concurreren om de meest accurate uitdrukkingsvorm die het best bij de vraag en de situatie aansluit en draagt zo bij tot de bevordering of het ontstaan van taalontwikkeling. Pluriformiteit, waarbij de aanbieders – bij dezelfde feiten voor iedereen – concurreren om de beste en meest accurate uitdrukkingsvormen, zorgt voor bescherming en luister van de taal.

Door perspublicaties zo te reguleren dat op de hele mediamarkt pluriformiteit kan ontstaan en blijven ontstaan, zorgen de gemeenschappen voor de bescherming en de luister van de respectieve taal in de betrokken taalgebieden. In de praktijk bieden aanbieders van perspublicaties en/of auditieve en audiovisuele mediadiensten – met inbegrip van onlineplatforms die toegang tot media-inhoud bieden – die op het Duitse taalgebied gevestigd zijn, hun (concurrerende) media-aanbod voornamelijk aan in het Duits.

Tot slot wordt nog verwezen naar advies 59.784 van 23 september 2016 en advies 68.213/3 van 16 december 2020 van de Raad van State, waarin de Raad van State een soortgelijke argumentatie aanvoert.

Verordening (EU) 2024/1309 van het Europees Parlement en de Raad van 29 april 2024 inzake maatregelen om de kosten van de uitrol van elektronischecommunicatienetwerken met gigabitsnelheden te verlagen, tot wijziging van Verordening (EU) 2015/2120 en tot intrekking van Richtlijn 2014/61/EU (gigabitinfrastructuurverordening) heeft tot doel de uitrol van netwerken met zeer hoge capaciteit (very high capacity networks, VHC-netwerken) te faciliteren en te stimuleren door het gezamenlijke gebruik van bestaande fysieke infrastructuur te bevorderen en door een efficiëntere uitrol van nieuwe fysieke infrastructuur mogelijk te maken, zodat dergelijke netwerken sneller en goedkoper kunnen worden uitgerold. De gigabitinfrastructuurverordening regelt in sterk overwegende mate kwesties van ruimtelijke ordening. Bovendien heeft de verordening in het bijzonder in artikelen 3 en 11 betrekking op de toegang voor exploitanten tot de fysieke infrastructuur en bijbehorende faciliteiten. Het beschikbaar stellen van faciliteiten en/of diensten aan een andere onderneming, onder uitdrukkelijke voorwaarden, hetzij op exclusieve hetzij op niet-exclusieve basis, met het oog op het aanbieden van elektronischecommunicatiediensten, voor zover die gebruikt worden om diensten voor de informatiemaatschappij of inzake inhoud voor radio- en televisieomroepen aan te bieden, valt overeenkomstig titel 3, hoofdstuk 3, van het mediadecreet onder de bevoegdheden van de Mediaraad.

Verordening (EU) 2024/1689 van het Europees Parlement en de Raad van 13 juni 2024 tot vaststelling van geharmoniseerde regels betreffende artificiële intelligentie en tot wijziging van de Verordeningen (EG) nr. 300/2008, (EU) nr. 167/2013, (EU) nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 en (EU) 2019/2144, en de Richtlijnen 2014/90/EU, (EU) 2016/797 en (EU) 2020/1828 (verordening artificiële intelligentie) voorziet in artikel 77, lid 2, in de aanwijzing van bevoegde autoriteiten voor de bescherming van de grondrechten. Overeenkomstig artikel 7, § 2, van het mediadecreet beschermt de Mediaraad de vrijheid van meningsuiting en informatie op het gebied van de mediadiensten, door illegale en schadelijke inhoud strafbaar te stellen en sancties op te leggen (art. 138 van het mediadecreet). Overeenkomstig artikel 11 van het mediadecreet beschermt de Mediaraad ook de meningsverscheidenheid. Overeenkomstig artikel 55, § 1, 5°, van het mediadecreet ziet de Mediaraad erop toe dat de aanbieders van mediadiensten waaraan radiospectrum is toegewezen, de opinieverscheidenheid tot uitdrukking brengen. Dienovereenkomstig wordt de Mediaraad aangewezen als bevoegde autoriteit overeenkomstig artikel 77 van de verordening artificiële intelligentie.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE ADVIESRAAD VOOR DE MEDIADIENSTEN

De Adviesraad voor de mediadiensten heeft op 31 oktober 2025 zijn advies verstrekt over het voorontwerp van decreet.

In zijn opmerking in de tweede alinea wijst de Adviesraad erop dat een goede, eenvormige en begrijpelijke communicatie moet plaatsvinden met alle instellingen waarop artikel 25 van de Europese verordening mediavrijheid van toepassing is. Aan die opmerking werd al tegemoetgekomen door contact op te nemen met alle departementen van het Ministerie, met de vraag om alle betrokken autoriteiten en overheidsinstanties te identificeren en vervolgens contact met hen op te nemen.

In zijn opmerking in de derde alinea beveelt de Adviesraad aan om een verwijzing naar artikel 4, 60.1°, van het mediadecreet toe te voegen. Het begrip "tussenhandeldienst" is reeds gedefinieerd in artikel 4, 60.1°, en is beperkt tot de bevoegdheid van de Duitstalige Gemeenschap. Telkens wanneer het begrip "tussenhandeldienst" in het decreet wordt vermeld, wordt het opgevat in de zin van de definitie. Er is dus geen toevoeging nodig.

In zijn opmerking in alinea 4 beveelt de Adviesraad aan om ook webzenders en streamingdiensten aan een inhoudelijk toezicht te onderwerpen. Die opmerkingen zullen worden meegenomen bij een latere wijziging van het mediadecreet, maar vloeien momenteel niet rechtstreeks voort uit de adviesaanvraag van de Regering over het voorliggende voorontwerp van decreet.

In zijn opmerking in de alinea's 6 tot 11 beveelt de Adviesraad aan om in samenhang met Verordening 2024/900 het verbod om reclamespots op radio, televisie en in bioscopen uit te zenden tijdens de provinciale en gemeentelijke verkiezingen, dat is ingesteld bij de wet van 7 juli 1994 betreffende de beperking en de controle van de verkiezingsuitgaven voor de verkiezing van de provincieraden en de gemeenteraden, op te heffen. Die opmerking is doorgestuurd naar het bevoegde departement van het Ministerie. Het is echter niet nodig om dit voorontwerp van decreet te wijzigen.

In punt 1 van zijn bijgevoegde stellingname stelt het BRF voor om te verduidelijken dat journalistieke verslaggeving over politieke onderwerpen niet wordt beschouwd als politieke reclame in de zin van Verordening (EU) 2024/900. Volgens artikel 1, lid 2, van de Verordening worden politieke standpunten en andere redactionele inhoud, ongeacht het medium waarin zij worden geuit, die onder de redactionele verantwoordelijkheid vallen, niet als politieke reclame aangemerkt, tenzij er sprake is van een specifieke betaling of een andere vergoeding voor, of in verband met, de productie, plaatsing, promotie, publicatie, aanlevering of verspreiding ervan door derden. Journalistieke verslaggeving is dus al uitgesloten van het toepassingsgebied en behoeft geen verdere verduidelijking.

In punt 5 stelt het BRF voor om in het decreet een duidelijk onderscheid te maken tussen institutionele financiering en de gunning van overheidsreclame in verband met artikel 25 van de Europese verordening mediavrijheid. Overheidsinstantie of -entiteit wordt in artikel 2, punt 18), van Verordening (EU) 2024/1083 gedefinieerd als een nationale of subnationale overheid, een regulerende instantie of regulerend orgaan, of een entiteit die direct of indirect onder zeggenschap staat van een nationale of subnationale overheid. In overweging 13 wordt daarbij gepreciseerd dat "die zeggenschap kan berusten op rechten, overeenkomsten of andere middelen die het mogelijk maken een beslissende invloed uit te oefenen op een entiteit. Met name de eigendom van kapitaal of gebruiksrechten met betrekking tot alle of een deel van de vermogensbestanddelen van een entiteit, of rechten of overeenkomsten die een beslissende invloed verschaffen op de samenstelling, het stemgedrag of de besluiten van de organen van een entiteit, zijn relevante factoren." Aangezien het BRF een beheerscontract heeft met de Regering en een vertegenwoordiger van de Regering zitting heeft in de raad van bestuur, kan het BRF worden beschouwd als een betrokken overheidsinstantie die onder artikel 25 van de Verordening valt.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE GEGEVENSBESCHERMINGSAUTORITEIT

De Gegevensbeschermingsautoriteit heeft op 13 november 2025 haar advies 120/2025 verstrekt over het voorontwerp van decreet.

In opmerking 3 concludeert de Gegevensbeschermingsautoriteit dat geen enkel artikel van het voorontwerp van decreet aanleiding geeft tot opmerkingen met betrekking tot de verwerking van persoonsgegevens. Bijgevolg worden er geen wijzigingen aangebracht.

BESPREKING VAN DE ARTIKELEN

**Artikel 1**

Dit artikel is de zogenoemde Europese clausule, die verwijst naar de verordeningen die worden omgezet in het mediadecreet.

Dit voorontwerp van decreet zet de volgende verordeningen om en neemt ze dienovereenkomstig op in de Europese clausule in artikel 1, tweede lid, van het mediadecreet:

- Verordening (EU) 2024/1309 van het Europees Parlement en de Raad van 29 april 2024 inzake maatregelen om de kosten van de uitrol van elektronischecommunicatienetwerken met gigabitsnelheden te verlagen, tot wijziging van Verordening (EU) 2015/2120 en tot intrekking van Richtlijn 2014/61/EU (gigabitinfrastructuurverordening);
- Verordening (EU) 2024/1689 van het Europees Parlement en de Raad van 13 juni 2024 tot vaststelling van geharmoniseerde regels betreffende artificiële intelligentie en tot wijziging van de Verordeningen (EG) nr. 300/2008, (EU) nr. 167/2013, (EU) nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 en (EU) 2019/2144, en de Richtlijnen 2014/90/EU, (EU) 2016/797 en (EU) 2020/1828 (verordening artificiële intelligentie);
- Verordening (EU) 2024/900 van het Europees Parlement en de Raad van 13 maart 2024 betreffende transparantie en gerichte politieke reclame.

Ook Verordening (EU) 2024/1083 van het Europees Parlement en de Raad van 11 april 2024 tot vaststelling van een gemeenschappelijk kader voor mediadiensten op de interne markt en tot wijziging van Richtlijn 2010/13/EU (Europese verordening mediavrijheid) wordt omgezet door dit voorontwerp van decreet, maar deze verordening werd al bij het programmadecreet van 24 februari 2025 opgenomen in artikel 1, tweede lid, van het mediadecreet.

**Artikel 2**

Artikel 3 van het mediadecreet bepaalt het algemene toepassingsgebied van het decreet met betrekking tot de te regelen zaken (mediadiensten enz.) en de ontvangers ervan (aanbieders van mediadiensten enz.), alsook het geografische toepassingsgebied (Duitstalige Gemeenschap/Duits taalgebied). Voor de uitvoering van de relevante bepalingen van Verordening (EU) 2024/1083 en voor de bescherming van de pluriformiteit van de media en de redactionele onafhankelijkheid zijn de Duitstalige Gemeenschap en haar Mediaraad ook bevoegd voor "perspublicaties". Daarom moet artikel 3 van het mediadecreet worden aangevuld met een verwijzing naar (de aanbieders van) perspublicaties.

**Artikel 3**

Artikel 4 van het mediadecreet bevat de begripsbepalingen van de diensten en ontvangers die onder het decreet vallen, alsook van de uitgevoerde bepalingen.

De definities van audiovisuele en auditieve commerciële communicatie in artikel 4, 3° en 6°, van het mediadecreet worden uitgebreid, om het aspect van de politieke reclame in de zin van Verordening (EU) 2024/900 erin op te nemen.

Volledigheidshalve wordt ook de Europese Raad voor mediadiensten (EBMS), opgericht krachtens Verordening (EU) 2024/1083, gedefinieerd.

Voor de implementatie van Verordening (EU) 2024/1083 en artikel 2, leden 3 en 5 ervan, worden bovendien de definitie van het begrip "media-aanbieders met een publieke opdracht" en de definitie van het begrip "perspublicatie" opgenomen in artikel 4, 43.1° en 44.1°, van het mediadecreet, waarbij het woord "publieke" in het Nederlands vervangen wordt door het woord "publiekrechtelijke" met het oog op een eenvormige terminologie in het mediadecreet en het BRF-decreet.

Voor een betere leesbaarheid worden de volgende verordeningen gedefinieerd:

- Verordening (EU) 2024/1309 van het Europees Parlement en de Raad van 29 april 2024 inzake maatregelen om de kosten van de uitrol van elektronischecommunicatienetwerken met gigabitsnelheden te verlagen, tot wijziging van Verordening (EU) 2015/2120 en tot intrekking van Richtlijn 2014/61/EU (gigabitinfrastructuurverordening);
- Verordening (EU) 2024/1689 van het Europees Parlement en de Raad van 13 juni 2024 tot vaststelling van geharmoniseerde regels betreffende artificiële intelligentie en tot wijziging van de Verordeningen (EG) nr. 300/2008, (EU) nr. 167/2013, (EU) nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 en (EU) 2019/2144, en de Richtlijnen 2014/90/EU, (EU) 2016/797 en (EU) 2020/1828 (verordening artificiële intelligentie);
- Verordening (EU) 2024/900 van het Europees Parlement en de Raad van 13 maart 2024 betreffende transparantie en gerichte politieke reclame.

Verordening (EU) 2024/1083 definieert in artikel 2, punt 15), het begrip "concentratie op de mediamarkt". Die definitie wordt door middel van een verwijzing in het mediadecreet opgenomen in artikel 4, 71°, waarbij wordt bepaald dat de Mediaraad niet alleen bevoegd is wanneer het gaat om een (economische) mediadienst in de zin van artikel 4, 35°, van het mediadecreet, maar ook wanneer perspublicaties in de zin van artikel 2, punt 5), van Verordening (EU) 2024/1083 worden aangeboden. Die aanpassing van de definitie van Verordening (EU) 2024/1083 is nodig omdat de reikwijdte van het begrip "mediadienst" in artikel 4, 35°, van het mediadecreet, dat horizontaal van toepassing is op het gehele mediadecreet, niet overeenkomt met de reikwijdte van het begrip "mediadienst" in artikel 2, punt 1), van Verordening (EU) 2024/1083.

**Artikel 4**

Artikel 8 van het mediadecreet voorziet in een verplichting tot registratie bij de Mediaraad voor alle aanbieders van mediadiensten van de particuliere economie met uitzondering van lineaire mediadiensten die uitgezonden worden via radiofrequenties.

Artikel 6, lid 1, van Verordening (EU) 2024/1083 bepaalt dat aanbieders van mediadiensten bepaalde informatie gemakkelijk en rechtstreeks toegankelijk maken voor de ontvangers van hun diensten.

Dit artikel verplicht de hierboven genoemde aanbieders ertoe bij hun aanmelding bij de Mediaraad meer gegevens te verstrekken overeenkomstig artikel 6, lid 1, van Verordening (EU) 2024/1083. Daartoe wordt een gepast formulier ter beschikking gesteld op de website van de Mediaraad. Naast de aanmelding bij de Mediaraad moeten de aanbieders van mediadiensten die informatie ook gemakkelijk en rechtstreeks toegankelijk maken voor de ontvangers van hun diensten.

**Artikel 5**

Artikel 9 van het mediadecreet verplicht particuliere aanbieders van mediadiensten ertoe jaarlijks een activiteitenverslag in te dienen bij de Mediaraad. Overeenkomstig artikel 6, lid 1, punt d), van Verordening (EU) 2024/1083 maken aanbieders van mediadiensten het totale jaarlijkse bedrag aan overheidsmiddelen voor de aan hen toegewezen overheidsreclame en het totale jaarlijkse bedrag van de reclame-inkomsten die van overheidsinstanties of -entiteiten van derde landen zijn ontvangen, gemakkelijk en rechtstreeks toegankelijk voor de ontvangers van hun diensten. Om dat te kunnen garanderen, wordt artikel 9, § 1, eerste lid, van het mediadecreet aangevuld met een nieuwe bepaling onder 3°, die de aanbieders van mediadiensten ertoe verplicht die informatie te vermelden in hun activiteitenverslag.

**Artikelen 6 en 7**

De bepalingen in de artikelen 13 en 34 van het mediadecreet hebben betrekking op de commerciële communicatie. De criteria voor de commerciële communicatie worden uitgebreid om rekening te houden met de bepalingen betreffende politieke reclame in de zin van Verordening (EU) 2024/900.

**Artikel 8**

Artikel 74 van het mediadecreet bepaalt onder andere dat de Mediaraad hetzij op eigen initiatief, hetzij op verzoek van een partij kan ingrijpen ter waarborging van het beschikbaar stellen van faciliteiten en/of diensten aan een andere onderneming, hetzij op exclusieve hetzij op niet-exclusieve basis, met het oog op het aanbieden van elektronischecommunicatiediensten, voor zover die gebruikt worden om diensten voor de informatiemaatschappij of inzake inhoud voor radio- en televisieomroepen aan te bieden. Artikel 3, leden 1 en 3, en artikel 11 van Verordening (EU) 2024/1309 preciseren welke elementen relevant zijn in dit verband. Uit coherentieoverwegingen moet daarmee ook rekening gehouden worden in artikel 74 van het mediadecreet bij de bevoegdheid van de Mediaraad.

**Artikel 9**

Artikel 103 van het mediadecreet legt aan de Mediaraad de verplichting op om samen te werken met andere autoriteiten.

Overeenkomstig artikel 9, 2°, van dit voorontwerp van decreet is de Mediaraad de bevoegde nationale instantie van de Duitstalige Gemeenschap om lid te zijn van en deel te nemen aan de Europese Raad voor mediadiensten (EBMS), opgericht bij Verordening (EU) 2024/1083. Bijgevolg moet de Mediaraad samenwerken met de opgerichte Europese Raad voor mediadiensten en andere regulerende instanties voor de media in België en in andere landen in de zin van Verordening (EU) 2024/1083 en is voor dat doel coördinatie noodzakelijk met alle andere Belgische regulerende instanties voor de media overeenkomstig artikel 112, § 3, vierde lid, van het gewijzigde mediadecreet.

Artikel 14 van Verordening (EU) 2024/1083 voorziet in mechanismen voor een gestructureerde samenwerking tussen regulerende instanties in het kader van Verordening (EU) 2024/1083 en Richtlijn 2010/13/EU. Bijgevolg zal de Mediaraad samenwerken met de aangezochte instanties overeenkomstig artikel 14 van Verordening (EU) 2024/1083 en artikel 103, § 1, eerste lid, 11°, van het mediadecreet.

Bij artikel 9, 4°, van dit voorontwerp van decreet wordt de Mediaraad aangewezen als bevoegde autoriteit van de Duitstalige Gemeenschap overeenkomstig Verordening (EU) 2024/900. Overeenkomstig artikel 22, lid 7, van dezelfde verordening zorgen de lidstaten voor een doeltreffende en gestructureerde samenwerking en coördinatie op nationaal niveau tussen alle relevante bevoegde autoriteiten bedoeld in de leden 1 tot en met 4. Bijgevolg moet de Mediaraad in de zin van Verordening (EU) 2024/900 samenwerken met de bevoegde autoriteiten die door de federale staat en/of de gemeenschappen en de andere lidstaat aangewezen zijn.

Een nieuw 12° in artikel 103, § 1, eerste lid, van het mediadecreet bepaalt dat de Mediaraad samenwerkt met andere Belgische bevoegde autoriteiten voor de beoordeling van concentraties op de mediamarkt die een significante impact kunnen hebben op de pluriformiteit van de media en de redactionele onafhankelijkheid overeenkomstig artikel 22 van Verordening (EU) 2024/1083 en voor de concrete uitvoering van het nieuwe artikel 112, § 1, 44°. Het samenwerkingsakkoord dat hiertoe – en in het algemeen voor de praktische uitvoering van Verordening (EU) 2024/1083 – noodzakelijk is op basis van artikel 92bis, § 1, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen juncto artikel 55bis van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, wordt voorzien in het nieuwe artikel 112, § 3, vierde lid, van het mediadecreet.

Artikel 9, 4°, van dit voorontwerp van decreet wijst de Mediaraad aan als bevoegde autoriteit van de Duitstalige Gemeenschap voor de bescherming van de grondrechten overeenkomstig Verordening (EU) 2024/1689. Bijgevolg moet de Mediaraad samenwerken met de andere bevoegde autoriteiten en de markttoezichtautoriteit overeenkomstig artikel 79, lid 2, en artikel 82, lid 1, van Verordening (EU) 2024/1689.

In artikel 103, § 1, tweede lid, van het mediadecreet wordt gepreciseerd dat de Mediaraad niet alleen met de andere regelgevende instanties en mededingingsautoriteiten informatie uitwisselt, maar met alle in artikel 103, § 1, eerste lid, genoemde instanties en autoriteiten.

De opsomming in artikel 103, § 1, van het mediadecreet wordt in die zin aangevuld.

**Artikel 10**

Artikel 112, § 1, van het mediadecreet bevat de lijst van de concrete taken van de Mediaraad. De lijst wordt aangevuld met de nieuwe taken overeenkomstig de Verordeningen (EU) 2024/1083 en (EU) 2024/900.

Artikel 112, § 3, van het Mediadecreet wijst de Mediaraad aan als bevoegde regelgevende instantie voor de verordeningen (EU) 2022/2065 en (EU) 2022/1925. Om de leesbaarheid van het artikel te verbeteren, is er een afzonderlijk lid voor Verordening (EU) 2024/1083. Tot slot wordt de Mediaraad aangewezen als bevoegde regulerende instantie voor de Verordeningen (EU) 2022/2065 en (EU) 2022/1925.

De eerste zin van artikel 112, § 1, leidt de daaropvolgende opsomming van de taken van de Mediaraad in, met een rechtstreekse verwijzing naar de rechtsgrondslag ervan, namelijk het mediadecreet. Aangezien de taken in de lijst echter ook andere rechtsgrondslagen hebben (decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap en EU-verordeningen), wordt de verwijzing in de eerste zin van paragraaf 1 aangevuld met deze bijkomende rechtsgrondslagen.

Overeenkomstig artikel 12, § 1, 1°, van het mediadecreet stelt de Mediaraad een actuele lijst van aanbieders van mediadiensten op. Die lijst moet worden aangevuld met gegevens van aanbieders van perspublicaties.

De bewoordingen van artikel 112, § 1, 29°, van het mediadecreet moeten worden aangevuld. Artikel 6, lid 1, van Verordening (EU) 2024/1083 bepaalt dat aanbieders van mediadiensten bepaalde informatie gemakkelijk en rechtstreeks toegankelijk moeten maken voor de ontvangers van hun diensten. Die informatieverplichtingen worden ten uitvoer gelegd door artikel 115, dat dienovereenkomstig wordt aangevuld. Om de leesbaarheid van de bepalingen te verbeteren, wordt in artikel 112, § 1, 29°, de taak van de Mediaraad "overeenkomstig artikel 115 verzoekt hij om

inlichtingen" vervangen door "overeenkomstig artikel 115 verzoekt hij om informatie en toezicht op de naleving van informatieverplichtingen".

De richtlijn audiovisuele mediadiensten 2010/13/EU bevat verplichtingen voor videoplatforms die de Mediaraad nu al moet controleren. Door artikel 15 van Verordening (EU) 2024/1083 zijn nieuwe samenwerkingsmechanismen met betrekking tot videoplatforms vastgelegd die de Mediaraad de bevoegdheid geven noodzakelijke en evenredige acties op te leggen met betrekking tot aanbieders van videoplatforms. Artikel 112, § 1, 10°, van het mediadecreet wordt aangevuld om rekening te houden met dit aspect.

De nieuwe taak van de Mediaraad vermeld in 42°, implementeert artikel 5, lid 4, van Verordening (EU) 2024/1083. Artikel 5 van Verordening (EU) 2024/1083 voorziet in de volgende waarborgen voor de onafhankelijke werking van media-aanbieders met een publiekrechtelijke opdracht:

1° redactionele en functionele onafhankelijkheid en het op onpartijdige wijze aanbieden van een verscheidenheid aan informatie en opinies;
2° transparante, open, doeltreffende en niet-discriminerende procedures en criteria voor de benoeming en het ontslag van het hoofd van het management of de leden van de raad van bestuur;
3° transparante en objectieve financieringsprocedures en -criteria.

Overeenkomstig artikel 5, lid 4, van dezelfde verordening benoemen de lidstaten een onafhankelijke instantie die toeziet op de toepassing van de hierboven genoemde bepalingen. Die taak van toezicht op de naleving van de waarborgen voor de onafhankelijke werking van media-aanbieders met een publiekrechtelijke opdracht wordt via artikel 112, § 1, 42°, toevertrouwd aan de Mediaraad. Wat in het bijzonder het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap – momenteel de enige aanbieder van mediadiensten in de Duitstalige Gemeenschap met een publiekrechtelijke opdracht – betreft: zo worden de bepalingen van de leden 1 en 3 nu al gedeeltelijk gewaarborgd op grond van artikel 1.9 van het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap (hierna: BRF-decreet). Bovendien moet het Belgisch Radio- en Televisiecentrum jaarlijks een activiteitenverslag indienen. De bepalingen van lid 2 worden gedeeltelijk geïmplementeerd door artikel 27 van het BRF-decreet. Zowel artikel 1.9 als artikel 27 van het BRF-decreet worden voor een betere implementatie van artikel 5, leden 1 tot 3, van Verordening (EU) 2024/1083 aangevuld met respectievelijk artikel 18 en artikel 19 van dit wijzigingsdecreet. De controle op de financiële middelen wordt waargenomen door de inspecteur van Financiën. Aangezien artikel 1.9 van het BRF-decreet aan de Mediaraad nieuwe taken toekent voor de uitvoering van artikel 5, lid 1, en artikel 5, lid 3, van de Europese verordening mediavrijheid (het uitbrengen van adviezen), moet artikel 112, §1, 40°, van het Mediadecreet op dit punt worden aangevuld.

Artikel 22 van Verordening (EU) 2024/1083 voorziet in de beoordeling van concentraties op de mediamarkt die van aanzienlijke invloed zouden kunnen zijn op de pluriformiteit van de media en op de redactionele onafhankelijkheid. Artikel 22, lid 1, punt c), van de Verordening stelt de nationale regulerende instanties verantwoordelijk voor deze beoordeling. Dienovereenkomstig wordt in artikel 112, § 1, 44°, van het mediadecreet een nieuwe taak toegewezen aan de Mediaraad. Het is echter mogelijk dat de Mediaraad – bijvoorbeeld in het kader van een samenwerkingsovereenkomst op basis van artikel 92bis, § 1, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen juncto artikel 55bis van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap – deze beoordeling niet alleen uitvoert of er niet (alleen) over beslist indien in het kader van de samenwerkingsovereenkomst een nieuwe, onafhankelijke rechtspersoon wordt opgericht, zoals de Conferentie van Regulatoren voor de elektronische Communicatiesector (in het Duits afgekort als KRK). Daarom zal de Mediaraad niet alleen rechtstreeks worden aangewezen,

maar zal aan die aanwijzing worden toegevoegd: "of een belangrijke rol spelen bij de beoordeling". Artikel 103, § 1, 12°, voorziet ook in samenwerking en coördinatie op dat gebied.

Artikel 24 van Verordening (EU) 2024/1083 voorziet in bepalingen voor de aanbieders van systemen voor publieksmeting. Die aanbieders moeten ervoor zorgen dat hun systemen voor publieksmeting en de door hun systemen voor publieksmeting gebruikte methoden voldoen aan de beginselen van transparantie, onpartijdigheid, inclusiviteit, evenredigheid, non-discriminatie, vergelijkbaarheid en controleerbaarheid. Overeenkomstig artikel 24, lid 3, van de Verordening moedigen de nationale regulerende instanties of organen de aanbieders van systemen voor publieksmeting ertoe aan om gedragscodes op te stellen en na te leven. Bij dit artikel wordt die taak toegewezen aan de Mediaraad. In het kader van artikel 103 van het mediadecreet – zoals gewijzigd bij artikel 9 van dit wijzigingsdecreet – wordt samenwerking met de andere Belgische regelgevende instanties overwogen om een gecoördineerde procedure uit te werken.

Om de leesbaarheid te verbeteren wordt bij 9° van dit artikel een nieuw lid ingevoegd in artikel 112, § 3, van het mediadecreet, om de Mediaraad aan te wijzen als bevoegde autoriteit voor de handhaving van Verordening (EU) 2024/1083. In dit lid wordt er dan ook op gewezen dat de nadere regels (procedures, criteria enz.) van de uitvoering van Verordening (EU) 2024/1083 en de in paragraaf 1 bepaalde taken van de Mediaraad daaromtrent, zullen worden bepaald door de Regering en/of een samenwerkingsakkoord tussen de Duitstalige Gemeenschap, de Vlaamse Gemeenschap, de Franse Gemeenschap en de Federale Staat voor de gedeeltelijke uitvoering van Verordening (EU) 2024/1083 in de zin van artikel 92bis, § 1, van de bijzondere wet juncto artikel 55bis van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap. Bovendien bevestigt de aanwijzing als bevoegde nationale regelgevende instantie voor de handhaving van Verordening (EU) 2024/1083 impliciet dat de Mediaraad lid is van de Europese Raad voor mediadiensten (EBMS) in de zin van artikel 8, lid 2, en artikel 10, lid 1, van Verordening (EU) 2024/1083, wat ook voortvloeit uit artikel 103, § 1, eerste lid, 6°, zonder dat dit expliciet zou hoeven te worden vermeld.

Verordening (EU) 2024/900 voorziet in artikel 22 in de aanwijzing van verscheidene bevoegde autoriteiten. Overeenkomstig artikel 22, lid 3, wijzen de lidstaten bevoegde autoriteiten aan voor het toezicht op de naleving door aanbieders van tussenhandeldiensten in de zin van Verordening (EU) 2022/2065, van de verplichtingen van de artikelen 7 tot en met 17 en artikel 21 van verordening (EU) 2024/900. Die verordening bepaalt uitdrukkelijk dat het kan gaan om dezelfde autoriteiten als die van Verordening (EU) 2022/2065. Het programmadecreet van 14 december 2023 wijst de Mediaraad aan als bevoegde autoriteit overeenkomstig Verordening (EU) 2022/2065.

Overeenkomstig artikel 22, lid 4, van de verordening wijzen de lidstaten ook een of meer bevoegde autoriteiten aan die verantwoordelijk zijn voor de toepassing en handhaving van de aspecten van de verordening die niet in de leden 1 en 3 van dat artikel genoemd worden. De verordening bepaalt uitdrukkelijk dat het kan gaan om dezelfde autoriteiten als die van Richtlijn 2010/13/EU. De Mediaraad is een bevoegde autoriteit overeenkomstig Richtlijn 2010/13/EU.

Dienovereenkomstig wordt de Mediaraad aangewezen als bevoegde autoriteit voor artikel 22, leden 3 en 4, van Verordening (EU) 2024/900.

Overeenkomstig artikel 112, 22°, van het mediadecreet is de Mediaraad bevoegd voor de marktregulering overeenkomstig titel 3, hoofdstuk 3, van het mediadecreet. De Mediaraad is ook de bevoegde autoriteit overeenkomstig artikel 14, lid 1, van de gigabitinfrastructuurverordening. Uit coherentieoverwegingen moet dat hier ook duidelijk gemaakt worden.

Artikel 77, lid 2, van Verordening (EU) 2024/1689 voorziet in de aanwijzing van bevoegde autoriteiten voor de bescherming van de grondrechten. Overeenkomstig artikel 7, § 2, van het mediadecreet

beschermt de Mediaraad de vrijheid van meningsuiting en informatie op het gebied van de mediadiensten, door illegale en schadelijke inhoud strafbaar te stellen en sancties op te leggen (art. 138 van het mediadecreet). Overeenkomstig artikel 11 van het mediadecreet beschermt de Mediaraad de meningsverscheidenheid.

Overeenkomstig artikel 55, § 1, 5°, van het mediadecreet ziet de Mediaraad erop toe dat de aanbieders van mediadiensten waaraan radiospectrum is toegewezen, de opinieverscheidenheid tot uitdrukking brengen. Overeenkomstig artikel 102 van het mediadecreet streeft de Mediaraad ernaar de doelstellingen vermeld in artikel 5 van het mediadecreet te bereiken. Daarbij gaat het onder andere om het bevorderen van de pluriformiteit van de media en de non-discriminatie. Dienovereenkomstig wordt de Mediaraad door dit artikel aangewezen als bevoegde autoriteit overeenkomstig artikel 77 van Verordening (EU) 2024/1689.

**Artikel 11**

In artikel 114, § 1, van het mediadecreet is al bepaald dat de Mediaraad bij geschillen in verband met de verplichtingen die zijn vastgelegd in titel 3 van het mediadecreet, op verzoek van een van de partijen een bindende met redenen omklede beslissing kan nemen. Ook het aangepaste artikel 74 van het mediadecreet maakt deel uit van titel 3. Voor de duidelijkheid en de coherentie moet hier ook verwezen worden naar Verordening (EU) 2024/1309. De Mediaraad is de bevoegde instantie in de zin van artikel 14, lid 1, van Verordening (EU) 2024/1309.

**Artikel 12**

Artikel 115 van het mediadecreet bevat de rapportage- en informatieverplichtingen van de ondernemingen ten opzichte van de Mediaraad en wordt in het bijzonder aangevuld met rapportage- en informatieverplichtingen die noodzakelijk zijn voor de uitvoering van Verordening 2024/1083.

Daarom zal het opschrift van artikel 115 van het mediadecreet 2021 worden gewijzigd in "Verzoek om informatie en rapportage- en informatieverplichtingen" om de inhoud van het artikel beter weer te geven. Het eerste tot vierde lid worden samengevoegd in een nieuwe paragraaf 1.

De huidige lijst van informatieverplichtingen ten laste van ondernemingen wordt in paragraaf 1 aangevuld om in het algemeen te voldoen aan de bepalingen van Verordeningen (EU) 2022/2065, (EU) 2024/1083, (EU) 2024/1309, (EU) 2024/1689 en (EU) 2024/900.

Overeenkomstig artikel 6, lid 2, van Verordening (EU) 2024/1083 worden de nationale regulerende instanties of organen belast met de ontwikkeling van nationale databanken voor media-eigendom die die informatie bevatten. Bij dit artikel wordt die taak toevertrouwd aan de Mediaraad. De Mediaraad kan die informatie bijvoorbeeld in de vorm van een tabel op zijn website publiceren. Eventueel is coördinatie met de Belgische regulerende instanties voor de media noodzakelijk om een centrale nationale databank voor media-eigendom aan te leggen.

**Artikel 13**

Artikel 8 van Verordening (EU) 2024/1083 voorziet in de oprichting van de Europese Raad voor mediadiensten, als vervanger en opvolger van de Europese Groep van regulerende instanties voor audiovisuele mediadiensten (ERGA). Bijgevolg moet in artikel 125, § 2, 1°, van het mediadecreet de ERGA vervangen worden door de nieuwe Europese Raad voor mediadiensten.

**Artikel 14**

De huidige formulering is niet precies genoeg en laat ruimte voor interpretatie.

Aangezien de concentratie van de twee aandeelhouders Ethias en Proximus in het kader van de onderneming Glasfaser Ostbelgien door de Europese Commissie gecontroleerd werd op de naleving van de mededingingsregels, moest de onderneming Glasfaser Ostbelgien een zogenaamde standstillperiode in acht nemen. Tijdens deze periode (zijnde zolang de genoemde procedure aan de gang was, tot ze volledig afgesloten werd) mocht de onderneming geen operationele activiteiten van welke aard dan ook verrichten.

De genoemde procedure werd pas in april 2023 afgerond. Daarop volgden planningswerk en voorbereidende werkzaamheden. In oktober 2023 konden de eerste echte bouwwerken van start gaan, op een deeltraject tussen de gemeenten Sankt Vith en Amel. Daarom werd de datum voor de voltooiing van de uitrol van het FTTH-netwerk exact vastgelegd op 31 oktober 2027, wat overeenstemt met "vier jaar na het begin van de werkzaamheden" zoals bepaald.

**Artikel 15**

Artikel 138 van het mediadecreet bevat de administratieve sancties voor de niet-naleving van titel 2 van het mediadecreet. Om misverstanden te voorkomen, wordt in de titel van het artikel verduidelijkt dat het gaat om sancties voor inhoudelijke aspecten.

Om te verduidelijken dat ook sancties kunnen worden opgelegd wegens inbreuken op de toepasselijke bepalingen van Verordening (EU) 2024/1083, wordt een verwijzing naar de Verordening ingevoegd in artikel 138, eerste lid.

Om te verduidelijken welke sancties van toepassing zijn op de tussenhandeldiensten in de zin van Verordening (EU) 2022/2065, wordt het artikel aangevuld met drie nieuwe leden, zodat het beter overeenstemt met de sanctiebepalingen van Verordening (EU) 2022/2065.

Artikel 25 van Verordening (EU) 2024/900 legt de regels vast voor sancties en maximumbedragen die van toepassing zijn op opdrachtgevers of aanbieders van politieke reclamediensten bij inbreuken op de artikelen 5 tot en met 17, en de artikelen 20 en 21 van de Verordening. De toepassing van die bepalingen wordt in artikel 138, zesde lid, opgedragen aan de Mediaraad.

**Artikel 16**

Artikel 139 van het mediadecreet bevat de administratieve sancties voor de niet-naleving van titel 3 van het mediadecreet. Om misverstanden te voorkomen, wordt in de titel van het artikel verduidelijkt dat het gaat om sancties voor technische aspecten.

De artikelen van Verordening (EU) 2024/1309 die relevant zijn voor de uitvoering van artikel 15 "Sancties" van die Verordening, moeten worden opgenomen in artikel 139, aangezien de tekst van die bepalingen niet uitdrukkelijk werd opgenomen in titel 3, hoofdstuk 2, afdeling 2. Dat dient tot uitvoering van artikel 15 van Verordening (EU) 2024/1309. In artikel 112 van het mediadecreet wordt er wel naar verwezen, maar dat artikel maakt deel uit van titel 4 en niet van titel 3. Daarom moet artikel 139 uit coherentieoverwegingen aangepast worden. Gelet op de verschillende doelgroepen van ontvangers, zou het goed zijn om die wijzigingen in een nieuw tweede lid van paragraaf 1 op te nemen.

**Artikelen 17 en 18**

Deze artikelen wijzigen het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap. Het BRF is momenteel (en wellicht ook in de toekomst) de (enige) aanbieder van audiovisuele en auditieve mediadiensten van de Duitstalige Gemeenschap met een publiekrechtelijke opdracht, met inbegrip van onlineplatforms die toegang bieden tot audiovisuele en auditieve media-inhoud.

Ter uitvoering van artikel 5, leden 1 en 3, van Verordening (EU) 2024/1083 wordt artikel 1.9 van het BRF-decreet, dat betrekking heeft op het 'beheersverdrag' (lees: beheerscontract) van het BRF, aangevuld. Dat beheerscontract is het voornaamste middel waarmee de Duitstalige Gemeenschap waarborgt dat het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap redactioneel en functioneel onafhankelijk is en zijn publiek op onpartijdige wijze een verscheidenheid aan informatie en opinies aanbiedt, in overeenstemming met zijn publiekrechtelijke opdracht, en aldus in het bijzonder artikel 5, lid 1, van Verordening (EU) 2024/1083 uitvoert. Voordat een nieuw beheerscontract wordt goedgekeurd, vraagt het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap de Mediaraad om een voorafgaand advies waarin ook de uitvoering van het vorige beheerscontract kan worden geëvalueerd. Voorts kan de Mediaraad op grond van artikel 5, lid 4, van Verordening (EU) 2024/1083 altijd de uitvoering van het beheerscontract evalueren.

In het beheerscontract wordt ook vastgelegd aan welke verplichtingen het BRF in de uitoefening van zijn publiekrechtelijke opdracht moet voldoen en welke (financiële) middelen de Duitstalige Gemeenschap daarvoor ter beschikking stelt. In dat verband wordt artikel 5, lid 3, van Verordening (EU) 2024/1083 – dat bepaalt dat er financieringsprocedures moeten worden vastgesteld om te waarborgen dat publiekrechtelijke aanbieders van mediadiensten over adequate, duurzame en voorspelbare financiële middelen beschikken voor het vervullen van hun publiekrechtelijke opdracht en om zich in het kader van die opdracht te kunnen ontwikkelen – uitgevoerd door middel van wijzigingen van artikel 1.9, dat betrekking heeft op de nadere regels voor de vastlegging van de (financiële) middelen en de onderhandelingen over het beheerscontract van het BRF. In het bijzonder wordt verduidelijkt dat de Regering de beheerscontracten louter formeel goedkeurt en op dat moment geen veranderingen meer aanbrengt, aangezien de inhoud van het beheerscontract al vooraf in het kader van onderhandelingen tussen de partijen is vastgelegd.

Voorts worden overeenkomstig artikel 5, leden 1 en 2, van Verordening (EU) 2024/1083 transparante, objectieve, niet-discriminerende en evenredige criteria voor de benoeming van het hoofd van het management van het BRF vastgelegd in artikel 27 van het BRF-decreet. Bovendien wordt het college van deskundigen, dat met de uitwerking van een lijst met de rangschikking van de kandidaten is belast, gesterkt.

**Artikel 19**

In dit artikel wordt de inwerkingtreding van dit voorontwerp van decreet vastgelegd.

De Minister van Cultuur, Sport, Toerisme en Media
GREGOR FRECHES

**VOORONTWERP**

**Voorontwerp van decreet tot wijziging van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen en het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap**

**Artikel 1 –** In artikel 1 van het decreet van 1 maart 2021 betreffende de mediadiensten en de filmvoorstellingen, vervangen bij het decreet van 14 februari 2023 en gewijzigd bij het decreet van 24 februari 2025, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het tweede lid, 7°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een kommapunt;

2° het tweede lid wordt aangevuld met de bepalingen onder 8° tot 10°, luidende:

"8° Verordening (EU) 2024/1309 van het Europees Parlement en de Raad van 29 april 2024 inzake maatregelen om de kosten van de uitrol van elektronischecommunicatienetwerken met gigabitsnelheden te verlagen, tot wijziging van Verordening (EU) 2015/2120 en tot intrekking van Richtlijn 2014/61/EU (gigabitinfrastructuurverordening);

9° Verordening (EU) 2024/1689 van het Europees Parlement en de Raad van 13 juni 2024 tot vaststelling van geharmoniseerde regels betreffende artificiële intelligentie en tot wijziging van de Verordeningen (EG) nr. 300/2008, (EU) nr. 167/2013, (EU) nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 en (EU) 2019/2144, en de Richtlijnen 2014/90/EU, (EU) 2016/797 en (EU) 2020/1828 (verordening artificiële intelligentie);

10° Verordening (EU) 2024/900 van het Europees Parlement en de Raad van 13 maart 2024 betreffende transparantie en gerichte politieke reclame."

**Art. 2 –** In artikel 3 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 14 december 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, 4°, wordt het woord "en" op het einde van de zin opgeheven;

2° in § 1, 5°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door de woorden "; en";

3° paragraaf 1 wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende:

"6° perspublicaties."

4° in § 2, 3°, wordt het woord "e-boeken" vervangen door de woorden "e-boeken, perspublicaties";

5° in het artikel wordt een paragraaf 3.1 ingevoegd, luidende:

"§ 3.1 – Aanbieders van perspublicaties worden in de volgende gevallen geacht in het Duitse taalgebied te zijn gevestigd:

1° de aanbieder van een perspublicatie heeft zijn hoofdkantoor in de Duitstalige Gemeenschap en de redactionele beslissingen betreffende de perspublicatie worden in de Duitstalige Gemeenschap genomen;

2° de aanbieder van een perspublicatie heeft zijn hoofdkantoor in de Duitstalige Gemeenschap, de redactionele beslissingen betreffende de perspublicatie worden echter in een andere gemeenschap of lidstaat genomen, maar een aanzienlijk deel van het bij de uitoefening van de inhoudelijke activiteiten van de perspublicatie betrokken personeel is werkzaam in de Duitstalige Gemeenschap.

Als een aanzienlijk deel van het bij de uitoefening van de inhoudelijke activiteiten betrokken personeel van de aanbieder van een perspublicatie zowel in de Duitstalige Gemeenschap als in een andere gemeenschap of lidstaat werkzaam is, wordt de aanbieder van een perspublicatie geacht in het Duitse taalgebied gevestigd te zijn als hij zijn hoofdkantoor in de Duitstalige Gemeenschap heeft.

Als een aanzienlijk deel van het bij de uitoefening van de inhoudelijke activiteiten betrokken personeel van de aanbieder van een perspublicatie noch in de Duitstalige Gemeenschap, noch in een andere gemeenschap of lidstaat werkzaam is, wordt de aanbieder van een perspublicatie geacht in het Duitse taalgebied gevestigd te zijn als hij daar het eerst met zijn activiteiten is begonnen overeenkomstig het recht van de Duitstalige Gemeenschap en mits hij een duurzame en reële band met de economie van de Duitstalige Gemeenschap onderhoudt;

3° de aanbieder van een perspublicatie heeft zijn hoofdkantoor in de Duitstalige Gemeenschap, terwijl beslissingen betreffende de perspublicatie in een derde land worden genomen, of andersom, maar een aanzienlijk deel van het bij de terbeschikkingstelling van de perspublicatie betrokken personeel is werkzaam in de Duitstalige Gemeenschap."

**Art. 3 –** In artikel 4 van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 24 februari 2025, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 3° worden de woorden "en productplaatsing" vervangen door de woorden ", productplaatsing en politieke reclame overeenkomstig Verordening (EU) 2024/900";

2° in de bepaling onder 6° worden de woorden "en productplaatsing" vervangen door de woorden ", productplaatsing en politieke reclame overeenkomstig Verordening (EU) 2024/900";

3° tussen de bepaling onder 20.1° en de bepaling onder 21° wordt een bepaling onder 20.2° ingevoegd, luidende:

"20.2° Europese Raad voor mediadiensten (EBMS): de overeenkomstig Verordening (EU) 2024/1083 opgerichte raad die de Europese Groep van regulerende instanties voor audiovisuele mediadiensten (ERGA), opgericht bij Richtlijn 2010/13/EU, vervangt;"

4° tussen de bepaling onder 43° en de bepaling onder 44° wordt een bepaling onder 43.1° ingevoegd, luidende:

"43.1° publiekrechtelijke aanbieder van mediadiensten: een aanbieder van een audiovisuele of auditieve mediadienst in de zin van 4° en 5° en 7° en 8° of een aanbieder van een perspublicatie in de zin van 44.1° die belast is met een publiekrechtelijke opdracht en nationale overheidsmiddelen ontvangt voor het vervullen van die opdracht;"

5° tussen de bepaling onder 44° en de bepaling onder 45° wordt een bepaling onder 44.1° ingevoegd, luidende:

"44.1° perspublicatie: een perspublicatie in de zin van artikel 2, punt 5), van Verordening (EU) 2024/1083;";

6° tussen de bepaling onder 61.3° en de bepaling onder 62° worden de bepalingen onder 61.4° tot 61.6° ingevoegd, luidende:

"61.4° Verordening (EU) 2024/1309: Verordening (EU) 2024/1309 van het Europees Parlement en de Raad van 29 april 2024 inzake maatregelen om de kosten van de uitrol van elektronischecommunicatienetwerken met gigabitsnelheden te verlagen, tot wijziging van Verordening (EU) 2015/2120 en tot intrekking van Richtlijn 2014/61/EU (gigabitinfrastructuurverordening);

61.5° Verordening (EU) 2024/1689: Verordening (EU) 2024/1689 van het Europees Parlement en de Raad van 13 juni 2024 tot vaststelling van geharmoniseerde regels betreffende artificiële intelligentie en tot wijziging van de Verordeningen (EG) nr. 300/2008, (EU) nr. 167/2013, (EU) nr. 168/2013, (EU) 2018/858, (EU) 2018/1139 en (EU) 2019/2144, en de Richtlijnen 2014/90/EU, (EU) 2016/797 en (EU) 2020/1828 (verordening artificiële intelligentie);

61.6° Verordening (EU) 2024/900: Verordening (EU) 2024/900 van het Europees Parlement en de Raad van 13 maart 2024 betreffende transparantie en gerichte politieke reclame;";

7° in de bepaling onder 70° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een kommapunt;

8° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 71°, luidende:

"71° concentratie op de mediamarkt: een concentratie in de zin van artikel 2, punt 15), van Verordening (EU) 2024/1083, waarbij ten minste één aanbieder van een economische mediadienst in de zin van 35°, met inbegrip van een onlineplatform in de zin van artikel 2, punt 9), van Verordening (EU) 2024/1083 dat toegang biedt tot audiovisuele of auditieve media-inhoud, of één aanbieder van een perspublicatie in de zin van 44.1° betrokken is."

**Art. 4 –** In artikel 8, § 1, tweede lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen

aangebracht:

1° in de bepaling onder 8° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een kommapunt;

2° het lid wordt aangevuld met de bepalingen onder 9° tot 10°, luidende:

"9° de naam of namen van zijn directe of indirecte eigenaar of eigenaren met deelnemingen die hen in staat stellen invloed uit te oefenen op het functioneren en de strategische besluitvorming, met inbegrip van direct of indirect eigendom van een staat of van een overheidsinstantie of -entiteit;

10° de naam of namen van zijn uiteindelijk begunstigde of uiteindelijk begunstigden zoals gedefinieerd in artikel 3, punt 6, van Richtlijn (EU) 2015/849."

**Art. 5 –** In artikel 9, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 2° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een kommapunt;

2° het lid wordt aangevuld met een bepaling onder 3°, luidende:

"3° het totale jaarlijkse bedrag aan overheidsmiddelen voor de aan hen toegewezen overheidsreclame en het totale jaarlijkse bedrag van de reclame-inkomsten die van overheidsinstanties of -entiteiten van derde landen zijn ontvangen."

**Art. 6 –** In artikel 13 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 5° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een kommapunt;

2° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende:

"6° commerciële communicatie die bestaat uit politieke reclame, moet voldoen aan de bepalingen van Verordening (EU) 2024/900."

**Art. 7 –** Artikel 34 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een derde lid, luidende:

"Auditieve commerciële communicatie die bestaat uit politieke reclame, moet voldoen aan de bepalingen van Verordening (EU) 2024/900."

**Art. 8 –** In artikel 74, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "en in het bijzonder in artikel 3, leden 1 en 3, en artikel 11 van Verordening (EU) 2024/1309" ingevoegd tussen het woord "hoofdstuk" en het woord "en".

**Art. 9 –** In artikel 103, § 1, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 14 december 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het eerste lid, 1°, worden de woorden "in artikel 73, § 9, vermelde" opgeheven;

2° in het eerste lid wordt de bepaling onder 6° vervangen als volgt:

"6° de Europese Raad voor mediadiensten, die is opgericht overeenkomstig artikel 8 van Verordening (EU) 2024/1083, in coördinatie met de bevoegde Belgische regulerende instanties;"

3° in het eerste lid, 10°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een kommapunt;

4° het eerste lid wordt aangevuld met de bepalingen onder 11° tot 14°, luidende:

"11° de aangezochte en verzoekende instanties overeenkomstig artikel 14 van Verordening (EU) 2024/1083;

12° de bevoegde autoriteiten als bepaald door de federale staat en/of de gemeenschappen en de andere lidstaten op grond van Verordening (EU) 2024/1083;

13° de bevoegde autoriteiten als bepaald door de federale staat en/of de gemeenschappen en de andere lidstaten op grond van artikel 22 van Verordening (EU) 2024/900;

14° de andere bevoegde autoriteiten en de markttoezichtautoriteit overeenkomstig artikel 73, lid 7, artikel 79, lid 2, en artikel 82, lid 1, van Verordening (EU) 2024/1689.";

5° in het tweede lid worden de woorden "inlichtingen met de andere regelgevende instanties en mededingingsautoriteiten uit" vervangen door de woorden "inlichtingen uit met de in het eerste lid genoemde instanties en autoriteiten waarmee moet worden samengewerkt".

**Art. 10 –** In artikel 112 van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van

24 februari 2025, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in paragraaf 1 worden in de inleidende zin de woorden "Overeenkomstig dit decreet" vervangen door de woorden "Overeenkomstig dit decreet, het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap of een EU-verordening";

2° in § 1, 1°, worden de woorden "en van videoplatforms" vervangen door de woorden ", van aanbieders van perspublicaties en van aanbieders van videoplatforms" en worden de woorden "artikel 3, §§ 2 en 3," vervangen door de woorden "artikel 3, §§ 2, 3 en 3.1,";

3° in paragraaf 1 wordt de bepaling onder 10° aangevuld met de woorden "en het opleggen van noodzakelijke en evenredige acties met betrekking tot aanbieders van videoplatforms overeenkomstig artikel 15 van Verordening (EU) 2024/1083";

4° in § 1, 29°, worden de woorden "overeenkomstig artikel 115 verzoekt hij om inlichtingen;" vervangen door de woorden "overeenkomstig artikel 115 verzoekt hij om inlichtingen en houdt hij toezicht op de naleving van rapportage- en informatieverplichtingen";

5° in paragraaf 1 wordt de bepaling onder 40° aangevuld met de woorden "en verstrekt advies over het beheerscontract van het BRF overeenkomstig artikel 1.9 van dat decreet en artikel 5, leden 1 en 3, van Verordening (EU) 2024/1083";

6° in § 1, 41°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een kommapunt;

7° paragraaf 1 wordt aangevuld met de bepalingen onder 42° tot 45°, luidende:

"42° het toezien op de toepassing van de bepalingen voor media-aanbieders met een publiekrechtelijke opdracht overeenkomstig artikel 5, lid 4, van Verordening (EU) 2024/1083 en het publiceren van de resultaten van dit toezicht op de website van de Mediaraad;

43° het ontwikkelen van een databank voor media-eigendom overeenkomstig artikel 6, lid 2, van Verordening (EU) 2024/1083 en artikel 115, § 2, van dit decreet;

44° het beoordelen van concentraties op de mediamarkt die van aanzienlijke invloed zouden kunnen zijn op de pluriformiteit van de media en op de redactionele onafhankelijkheid volgens de criteria vervat in artikel 22, lid 2, van Verordening (EU) 2024/1083 of een belangrijke rol spelen bij de beoordeling;

45° het aanmoedigen van het opstellen van gedragscodes voor systemen voor publieksmeting overeenkomstig artikel 24, lid 3, van Verordening (EU) 2024/1083 in samenwerking met de Belgische regulerende instanties.";

8° in paragraaf 3 wordt het tweede lid vervangen als volgt:

"In het kader van zijn bevoegdheden is de Mediaraad ook een bevoegde autoriteit van de Duitstalige Gemeenschap voor Verordening (EU) 2022/1925.";

9° paragraaf 3 wordt aangevuld met een derde tot zesde lid, luidende:

"In het kader van zijn bevoegdheden is de Mediaraad ook een bevoegde autoriteit van de Duitstalige Gemeenschap overeenkomstig artikel 22, leden 3 en 4, van Verordening (EU) 2024/900.

De Mediaraad is de bevoegde nationale regulerende instantie van de Duitstalige Gemeenschap voor de handhaving van Verordening (EU) 2024/1083, waarbij de nadere regels voor de uitvoering van de taken van de Mediaraad vastgelegd worden door de Regering en/of een samenwerkingsakkoord voor de gedeeltelijke uitvoering van Verordening (EU) 2024/1083 overeenkomstig artikel 92bis, § 1, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen juncto artikel 55bis van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap.

In het kader van zijn bevoegdheden is de Mediaraad ook een bevoegde autoriteit van de Duitstalige Gemeenschap voor Verordening (EU) 2024/1309, in het bijzonder wat betreft artikel 3, leden 1 en 3, artikel 11, artikel 13, lid 1, en artikel 14 van Verordening (EU) 2024/1309.

De Mediaraad is de bevoegde autoriteit van de Duitstalige Gemeenschap voor de bescherming van de grondrechten in de zin van artikel 77 van Verordening (EU) 2024/1689."

**Art. 11 –** In artikel 114, § 1, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de woorden "in verband met verplichtingen voortvloeiend uit titel 3 tussen ondernemingen ontstaan" vervangen door de woorden "die voortvloeien uit de verplichtingen vermeld in titel 3 of uit Verordening (EU) 2024/1309, in het bijzonder wat betreft artikel 3, leden 1 en 3, artikel 11, artikel 13, lid 1, en artikel 14 van Verordening (EU) 2024/1309 ontstaan tussen ondernemingen".

**Art. 12 –** In artikel 115 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 14 december 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het opschrift wordt vervangen als volgt:

"Art. 115 – Verzoek om informatie en rapportage- en informatieverplichtingen";

2° het eerste tot vierde lid wordt paragraaf 1 en het woord "belanghebenden" wordt vervangen door het woord "belanghebbenden";

3° in § 1, eerste lid, 11°, wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een kommapunt;

4° § 1, eerste lid, wordt aangevuld met een bepaling onder 12°, luidende:

"12° toe te zien op de handhaving van de Verordeningen (EU) 2022/2065, (EU) 2024/1083, (EU) 2024/1309, (EU) 2024/900 en (EU) 2024/1689.";

5° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 2, luidende:

"§ 2 – Overeenkomstig artikel 6, lid 2, van Verordening 2024/1083 maken de aanbieders van audiovisuele en auditieve mediadiensten, de aanbieders van onlineplatforms die toegang tot audiovisuele en auditieve mediadiensten bieden en de aanbieders van perspublicaties hun diensten gemakkelijk en rechtstreeks toegankelijk voor de ontvangers en maken, op verzoek van de Mediaraad, de volgende informatie gemakkelijk en rechtstreeks toegankelijk voor de Mediaraad:

1° hun geregistreerde naam en hun contactgegevens;

2° de naam of namen van hun directe of indirecte eigenaar of eigenaren met deelnemingen die hen in staat stellen invloed uit te oefenen op het functioneren en de strategische besluitvorming, met inbegrip van direct of indirect eigendom van een staat of van een overheidsinstantie of -entiteit;

3° de naam of namen van hun uiteindelijk begunstigde of uiteindelijk begunstigden zoals gedefinieerd in artikel 3, punt 6, van Richtlijn (EU) 2015/849;

4° het totale jaarlijkse bedrag aan overheidsmiddelen voor de aan hen toegewezen overheidsreclame en het totale jaarlijkse bedrag van de reclame-inkomsten die van overheidsinstanties of -entiteiten van derde landen zijn ontvangen.

Overeenkomstig artikel 6, lid 2, van Verordening 2024/1083 voert de Mediaraad die informatie in de databank voor media-eigendom in."

**Art. 13 –** In artikel 125, § 2, eerste lid, van hetzelfde decreet wordt het woord "ERGA" vervangen door de woorden "de Europese Raad voor mediadiensten (EBMS)".

**Art. 14 –** In artikel 137.3, § 1, tweede lid, 5°, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 15 december 2022, wordt de eerste zin aangevuld met de woorden ", dat wil zeggen op 31 oktober 2027".

**Art. 15 –** In artikel 138 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 14 december 2023 en 24 februari 2025, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het opschrift worden de woorden "titel 2" vervangen door de woorden "inhoudelijke aspecten";

2° in het eerste lid worden de woorden "of als de aanbieders van tussenhandeldiensten zich niet houden aan de toepasselijke bepalingen van Verordening (EU) 2022/2065 of de maatregelen die de Mediaraad aangenomen heeft ter uitvoering van artikel 112, § 3, eerste lid" vervangen door de woorden "of in geval van schending van de toepasselijke bepalingen van

Verordening (EU) 2024/1083";

3° het artikel wordt aangevuld met een derde tot zesde lid, luidende:

"Als aanbieders zich niet houden aan de toepasselijke bepalingen van Verordening (EU) 2022/2065, kan de Mediaraad een geldboete opleggen ten belope van maximaal 6% van de wereldwijde omzet van de betrokken aanbieder van tussenhandeldiensten in het voorgaande boekjaar.

Het maximumbedrag van de geldboete die kan worden opgelegd wegens het verstrekken van onjuiste, onvolledige of misleidende informatie, het niet beantwoorden of niet corrigeren van onjuiste, onvolledige of misleidende informatie en het niet onderwerpen aan een inspectie bedraagt overeenkomstig artikel 52, lid 3, van Verordening (EU) 2022/2065 1% van de inkomsten of de wereldwijde omzet van de aanbieder van de tussenhandeldiensten of de betrokken persoon in het voorgaande boekjaar.

Het maximumbedrag van een dwangsom per dag bedraagt 5% van de gemiddelde dagelijkse wereldwijde omzet of inkomsten van de betrokken aanbieder van tussenhandeldiensten in het voorgaande boekjaar, berekend vanaf de in het desbetreffende besluit vermelde datum.

Wie in de vorm van politieke reclame commerciële communicatie die indruist tegen de bepalingen van Verordening (EU) 2024/900 uitzendt of sponsort, wordt door de Mediaraad onderworpen aan sancties die binnen de in artikel 25 van Verordening (EU) 2024/900 gestelde perken blijven."

**Art. 16 –** In artikel 139 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 14 december 2023, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het opschrift worden de woorden "Sancties van de bepalingen van titel 3" vervangen door de woorden "Sancties bij niet-naleving van technische aspecten";

2° paragraaf 1 wordt aangevuld met een tweede lid, luidende:

"Bij inbreuken op de artikelen 3, 11 en 13 van Verordening (EU) 2024/1309, alsook bij inbreuken op bindende besluiten van de nationale Belgische instantie voor geschillenbeslechting in de zin van artikel 14 van Verordening (EU) 2024/1309 kan de Mediaraad de in het eerste lid vastgestelde sancties opleggen aan de betrokken netwerkexploitanten en publiekrechtelijke instellingen."

**Art. 17 –** In artikel 1.9 van het decreet van 27 juni 1986 betreffende het Belgisch Radio- en Televisiecentrum van de Duitstalige Gemeenschap, ingevoegd bij het decreet van 16 oktober 1995 en gewijzigd bij de decreten van 3 februari 2003 en 14 februari 2011, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in § 1, eerste lid, wordt het woord "beheersverdrag" vervangen door het woord "beheerscontract" en § 1, tweede lid, wordt vervangen als volgt: "Dat beheerscontract bevat ook gegevens over de middelen die de Duitstalige Gemeenschap ter beschikking stelt van het Centrum. In dat beheerscontract wordt bovendien bepaald op basis van welke criteria die middelen worden vastgelegd.";

2° § 1, derde lid, wordt aangevuld met een tweede zin, luidende: "Daartoe vraagt het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap de Mediaraad om een voorafgaand advies.";

3° in paragraaf 2 wordt het woord "beheersverdrag" vervangen door het woord "beheerscontract" en paragraaf 3 wordt vervangen als volgt: "Het beheerscontract wordt bij regeringsbesluit goedgekeurd en treedt in werking op de daarin vastgestelde datum.";

4° paragraaf 4 wordt vervangen als volgt: "§ 4. Het beheerscontract wordt voor de duur van een zittingsperiode gesloten. De uitvoering van het beheerscontract wordt jaarlijks via een advies beoordeeld door een opvolgingscomité waarin vertegenwoordigers van de Duitstalige Gemeenschap en het Centrum zitting hebben en wordt zo nodig aan de behoeften aangepast. Voor de jaarlijkse beoordeling gelden criteria die in het beheerscontract zijn vastgelegd. Voor een aanpassing gelden de bepalingen van de §§ 2 en 3 van dit artikel."

**Art. 18 –** In artikel 27, § 2, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 16 oktober 1995 en gewijzigd bij het decreet van 16 juni 2008, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in het tweede lid wordt de eerste zin vervangen als volgt:

"Op advies van de Raad richt de Regering een onafhankelijk college van deskundigen op dat bestaat uit minstens drie en hoogstens vijf personen die geselecteerd worden op basis van hun verdiensten, competenties, kennis en relevante beroepservaring."

2° tussen het derde lid en het vierde lid, dat het vijfde lid wordt, wordt een lid ingevoegd, luidende:

"Bij de rangschikking houdt het college van deskundigen minstens rekening met de volgende criteria:

1° ervaring en kwalificatie;

2° managementkwaliteiten;

3° kennis van de sector en de regelgeving;

4° onafhankelijkheid en integriteit;

5° communicatievaardigheid en sociale competenties;

6° motivatie."

**Art. 19 –** Dit decreet treedt in werking de dag waarop het wordt aangenomen.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen, Ruimtelijke Ordening en Financiën
O. PAASCH

De Minister van Cultuur, Sport, Toerisme en Media
G. FRECHES

**CONCORDANTIETABEL**

| Dit decreet | Verordening (EU) 2024/1083 | Verordening (EU) 2024/1309 | Verordening (EU) 2024/1689 | Verordening (EU) 2024/900 |
|---|---|---|---|---|
| Artikel 1 | - | - | - | - |
| Artikel 2, 1° | - | - | - | Artikel 3, punt 2 |
| Artikel 2, 2° | - | - | - | Artikel 3, punt 2 |
| Artikel 2, 3° | Artikel 8 | - | - | - |
| Artikel 2, 4° | - | - | - | - |
| Artikel 2, 5° | - | - | - | - |
| Artikel 2, 6° | - | - | - | - |
| Artikel 2, 7° | Artikel 2, punt 15 | - | - | - |
| Artikel 3 | Artikel 6, lid 1 | - | - | - |
| Artikel 4 | Artikel 6, lid 1, d) | - | - | - |
| Artikel 5 | Artikel 2, punt 15 | - | - | - |
| Artikel 6 | - | - | - | Artikelen 5-12 |
| Artikel 7 | - | - | - | Artikelen 5-12 |
| Artikel 8 | - | Artikel 3, leden 1 en 3, artikel 11 | - | - |
| Artikel 9, 1° | - | - | - | - |
| Artikel 9, 2° | Artikel 8 | - | - | - |
| Artikel 9, 3° | Artikel 14 | - | Artikel 73, lid 7, artikel 79, lid 2, en artikel 82, lid 1 | Artikel 22, leden 7 en 9 |
| Artikel 9, 4° | - | - | - | - |
| Artikel 10, 1° | Artikel 6, lid 2 | - | - | - |
| Artikel 10, 2° | Artikel 15 | - | - | - |
| Artikel 10, 4° | Artikel 5, lid 4, artikel 22 en artikel 24, lid 3 | - | - | - |
| Artikel 10, 5° | - | - | - | - |
| Artikel 10, 6° | Artikel 7 | Artikel 14 | Artikel 77 | Artikel 22, leden 3 en 4 |
| Artikel 11 | - | Artikel 14 | - | - |
| Artikel 12, 5° | Artikel 6, leden 1 en 2, en artikel 22, lid 1, b) | - | - | - |
| Artikel 13 | Artikel 8 | - | - | - |
| Artikel 14 | - | - | - | - |
| Artikel 15 | - | - | - | Artikel 25 |
| Artikel 16, 1° | - | - | - | - |
| Artikel 16, 2° | - | Artikel 15 | - | - |
| Artikel 17 | Artikel 5, leden 1 en 3 | - | - | - |
| Artikel 18 | Artikel 5, leden 2 en 4 | - | - | - |
| Artikel 19 | - | - | - | - |

**ADVIES VAN DE ADVIESRAAD VOOR DE MEDIADIENSTEN**

**ADVIES VAN DE GEGEVENSBESCHERMINGSAUTORITEIT**